

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.40 Goldmark, vierteljährlich 7.20 Goldmark, halbjährlich 13.80 Goldmark, jährlich 26.40 Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie des Unterhaltungsbeilage „Sein und Sein“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die 4-spaltige Sonntagsbeilage 0.70 Goldmark, Restbeilage 1.- Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 0.20 Goldmark, jedes weitere Blatt 0.10 Goldmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 3. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Unterredung mit Briand.

Für Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Genf, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Vorwärts“ hatte am Donnerstag eine Unterredung mit dem Führer der französischen Delegation, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Briand. Er sagte:

Zweifellos ist die fünfte Völkerbundstagung von allergrößter Bedeutung. Sie hat in der Frage der Abrüstung und der Sicherheit, die beide ein Problem von allergrößter Bedeutung für den Frieden der ganzen Welt bedeuten, praktische Erfolge erzielt.

Die deutsche Regierung hat in der letzten Zeit ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt erklärt, was man in Völkerbundkreisen als günstiges Zeichen für eine neue Politik der Veröhnung und der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit gedeutet hat.

Ich bin überzeugt, daß sich ein ehelich gemeintes Eintragsgeheiß Deutschlands in der einer Großmacht zukommenden Art und Weise vollziehen wird. Es hat aber im Völkerbund einiges Erstaunen erweckt, daß die deutsche Regierung für ihren Eintritt so viele Vorbedingungen stellt und so viele Zweifel anscheinend noch hegt.

Die Zusammenarbeit im Völkerbunde und im Rate bietet so viele Möglichkeiten zu praktischen Lösungen für all die schwierigen Probleme, die heute die Welt in Anspruch nehmen, daß man gerade auch in Deutschland sich dieser Notwendigkeit einer baldigen Mitarbeit auf die Dauer wohl nicht mehr entziehen kann.

Schluß in Genf.

Alles angenommen.

Genf, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollversammlung des Völkerbundes hat am Donnerstag mittags das Protokoll über das Sicherheitsproblem angenommen, wobei die Vertreter sämtlicher 47 anwesenden Staaten den vorgelegten Entschlüssen zustimmten.

Der Artikel 12 des Protokolls wurde durch eine Entschließung sofort in Kraft gesetzt. Danach soll der Völkerbundrat zur genauen Festlegung der Garantien, die den Unterzeichnern des Protokolls gegebenenfalls geboten werden sollen, sofort die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Völkerbundes auffordern, ihm einen Bericht über die Art der Bestimmungen der Inkraftsetzung der Sanktionen und die Maßnahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zu erstatten.

Nach der Annahme des Sicherheitsprotokolls wurde beschlossen, die Ministerpräsidenten der vier Staaten, die ständige Mitglieder des Völkerbundes sind, telegraphisch von der Annahme des Protokolls zu verständigen.

Das Sicherheitsprotokoll wird von den Delegationen Frankreichs, Bulgariens, Estlands, Griechenlands, Lettlands, Polens, Südfinlands und der Tschechoslowakei noch vor deren Abreise von Genf unterzeichnet werden.

Die Vollversammlung hielt am Donnerstag nachmittags um 5 1/2 Uhr ihre Schlußsitzung ab, in der als nichtständige Mitglieder des Völkerbundes gewählt wurden: Uruguay mit 43 Stimmen, Brasilien mit 40, die Tschechoslowakei mit 40, Schweden mit 37, Spanien mit 36 und Belgien mit 34.

Die chinesische Delegation, die den Anspruch auf einen nichtständigen Ratsitz unter Hinweis auf den sehr hohen Kostenbeitrag ihres Landes erhoben hatte, erhielt bei der Wahl nur 15 Stimmen und somit keinen Sitz.

In einer klugen Schlussrede gab

Präsident Motta

nach einleitenden Worten des Dankes an alle Mitglieder, zu denen er auch die Journalisten rechnete, eine kurze Uebersicht über die Arbeit der Konferenz, die ein außergewöhnlich hohes Maß von gutem Willen und gegenseitiger Verständigung gezeigt habe.

Am 5 Uhr nachmittags hatte die fünfte Völkerbundstagung ihre Arbeiten beendet.

Der Rat hält morgen Freitag noch zwei öffentliche Sitzungen ab, in denen er den Bericht über die Uebertragung der Militärkontrolle an den Völkerbund endgültig genehmigen und die Schaffung einer Spezialkommission für das internationale Recht behandeln wird.

Eine Rede Paul Boncour's.

Genf, 2. Oktober. (W.F.B.) Die Völkerbundversammlung setzte heute vormittags die allgemeine Aussprache über den Protokollentwurf fort. Als erster Redner sprach der französische Delegierte Paul Boncour, der in fast einstündigen Ausführungen mit großer Begeisterung und unter starkem Beifall das in den Kommissionen ausgearbeitete Werk des Weltfriedens feierte.

Wie gestern Briand, so erinnerte heute auch Boncour daran, daß Souhaux nachdrücklich vor den wirtschaftlichen Kriegsursachen gewarnt habe, und erklärte, daß auch diese ausgeremert werden müßten.

Nach der Annahme des Sicherheitsprotokolls wurde beschlossen, die Ministerpräsidenten der vier Staaten, die ständige Mitglieder des Völkerbundes sind, telegraphisch von der Annahme des Protokolls zu verständigen.

Revue der Krise.

Die Regierungsparteien mit Marx einverstanden. Die Deutschnationalen wünschen seinen Rücktritt.

Am Donnerstagnachmittag begannen in der Reichskanzlei die Besprechungen über die Regierungsumbildung. Amlich wird darüber folgendes mitgeteilt:

In der Reichskanzlei fand am Donnerstagnachmittag eine Aussprache zwischen Führern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler statt. Die Absicht des Reichskanzlers, zum Zwecke der Verbreiterung der Reichsregierung Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei aufzunehmen, wurde gebilligt.

Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst dazu noch erfährt, waren zu den Verhandlungen, die um 5 Uhr nachmittags in der Reichskanzlei begannen und bis 7 1/2 Uhr andauerten, erschienen: vom Zentrum die Abgeordneten Stegerwald, Spahn und v. Guérard, von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz und Curtius, von der demokratischen Fraktion der Abgeordnete Erkelenz. Von der Regierung nahmen außer dem Reichskanzler Marx teil: Bizetanzler Dr. Jarres, Außenminister Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Hamm und Reichsminister der Ernährung und Landwirtschaft Graf Ranig.

Heute um 11 Uhr werden die Genossen Hermann Müller, Wels und Hilferding in der Reichskanzlei vorprechen. Am Nachmittags, nicht erst am Sonnabend, sollen dann die Deutschnationalen empfangen werden, offenbar mit Rücksicht darauf, daß sie es gar nicht mehr erwarten können.

Die kurze amtliche Meldung läßt darauf schließen, daß die Absicht des Reichskanzlers, mit den Sozialdemokraten zu verhandeln, von allen beteiligten Parteien, also auch von der Volkspartei, gebilligt worden ist. Danach scheint es, als ob diese Partei die Stellung, die sie noch am 25. September eingenommen hat, ziemlich weitgehend revidiert hätte.

In dem Brief der Herren Curtius und Zapf, der als schriftliche Grundlage der Abmachungen zwischen Volkspartei und Deutschnationalen bekannt geworden ist, lautet der entscheidende Satz:

Übernimmt die Deutschnationalen Volkspartei die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes mit uns, wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf einer ihrer Bedeutung entsprechenden Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen.

Unter Berufung auf diesen Satz haben die Deutschnationalen bisher stets eine „ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung an der Reichsregierung“ gefordert. Der Hinweis des „Vorwärts“ auf die Tatsache, daß der Vertrag hinfällig sei, weil die Deutschnationalen die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes gar nicht übernommen hätten, wurde von Herrn Dr. Ritter-Waldeck in der „Kreuzzeitung“ mit einem moralisch entkräfteten Protest beantwortet.

Zur Sache selbst haben wir nur zu bemerken, daß sich die „Nationalliberale Correspondenz“ im Irrtum befindet, wenn sie glaubt, die gesamte Deutschnationalen Volkspartei habe sich durch die Erklärung vom 25. September auf den Boden der Ja-Sager gestellt.

Das würde einer Uebernahme der Verantwortung für die Politik, die zu den Londoner Abmachungen geführt hat, gleichkommen. Diese Verantwortung ist aber von der gesamten Partei abgelehnt worden.

Für die juristischen Gutachten, die der Herr Dr. Ritter-Waldeck und der Geh. Justizrat Dr. Wolff in derselben „Kreuzzeitung“ abgegeben haben, ist das ein empfindlicher „Dachstuhl von hinten“. Die Position der Volkspartei, die bisher stets mit der Behauptung operiert hat, die Deutschnationalen hätten die Verantwortung für das Zustandekommen des Londoner Paktes übernommen, ist damit unhaltbar geworden.

Uebrigens wird man im Lager Hergis immer nervöser.

Der deutschnationalen „Tag“ meldet in seiner gestrigen Nachtausgabe unter der großen Ueberschrift „Rücktrittspläne des Reichskanzlers“, daß Herr Marx die Absicht habe, sich „nützlich aus der Regierungsbildung auszuschöpfen“ und

seinen Rücktritt mit dem Scheitern seiner Idee der Volksgemeinschaft zu motivieren.

Hier ist der Wunsch der Deutschnationalen Vater der Gedanken, die dem Reichskanzler unterstellt werden. Herr Marx kann nach den Erklärungen über die Verdienste der Sozialdemokratie am Reich, die er in der „Germania“ abgegeben hat, als Kanzler einer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Regierung nicht mehr in Betracht kommen, ist also für die Deutschnationalen praktisch erledigt. Uebrigens ist die Methode, einem Minister, den man gern weghaben möchte, Rücktrittsabsichten nachzusagen, die er nicht hat, plump und unwirksam.

### Maurenbrecher wandert weiter.

Absage an die Deutschnationalen.

Mag Maurenbrecher war einmal Sozialdemokrat. Dann wurde der Verfasser der „Hohenoller-Legende“ Monarchist und beschimpfte vom hohen deutschnationalen Pferd herab die Sozialdemokratie. Jetzt schreibt er in der „Deutschen Zeitung“ den Deutschnationalen den Abschiedsbrief. Die Entschliessung des Reichstages habe „wie eine Bombe in die Mitgliedschaft eingeschlagen“. Bleibe diese Entschliessung, wie sie ist, dann habe „die Deutschnationale Volkspartei für weite Kreise des deutschen Volkes jedes Interesse verloren“.

Ob der ruhelose Wanderer nun seinen Weg zu Walle nimmt oder ob er sich selbständig machen will, geht aus seinem verzweifelten Klageel nicht hervor.

### Dinters Stuhlprobe.

Das Ende einer völkischen Tragödie.

Die „Fränkischer Tagespost“, unser Nürnberger Parteiorgan, nimmt auf eine Meldung der Telegraphen-Union vom 30. September Bezug, in der es heißt:

Nürnberg, 30. September. Nach dem Untersuchungsbefund der staatlichen Untersuchungsanstalt in Erlangen konnten in der Stuhlprobe des Dr. Dinter weder pflanzliche noch metallische Gifte nachgewiesen werden.

Dem fügt die „Tagespost“ diese treffenden Bemerkungen an: „Ganz Deutschland lacht über den vergifteten Arthur Dinter“, der sich bei seinem Freund Julius Streicher für diese Niederlage bedanken kann. Durch den Untersuchungsbefund von Erlangen wird unter eine völkische Heldentat der einzig richtige Schlusspunkt gesetzt zum großen Schandmal aller Menschen, die Sinn für Komik haben. Wir dochten uns diesen Ausweg sofort und waren vom ersten Augenblick davon überzeugt, daß der Julius Streicher hier wieder einmal einen seiner besonnenen Schwabenstreiche vollbracht hat. Jetzt steht einwandfrei fest, daß der Dinter wider das Blut in Soalfeld nicht vergiftet worden ist, was ohnehin nur ein Völkischer glauben konnte, der den letzten Rest von Verstand in den Streicher-Versammlungen eingebüßt hat.

Bisher war bei den Völkischen nur die Blutsprobe bekannt. Bekanntlich glauben unsere Hakenkreuzler, sie hätten ein ganz besonderes Blut. Darauf schwören sie, nicht bei Wafes und den Propbeten, aber bei Wotan und den Göttern Walhalls, die sich gewiß für eine solche Nachkommenschaft bedanken. Nun werden sie wohl über die Stuhlprobe einführen müssen, nachdem sich ein so maßgebender Häuptling wie Arthur Dinter dieser Probe unterzogen hat. Uns scheint diese Stuhlprobe ganz praktisch zur raschen und gründlichen Aufklärung völkischen Schwindels, wenn etwa nächstens der Julius Streicher selbst „vergiftet“ werden sollte.

Neugierig sind wir, was Julius Streicher nun seinen Anhängern in der nächsten Versammlung erzählen und was er über die Stuhlprobe Arthur Dinters im „Stürmer“ berichten wird. Wir schlagen ihm vor, wieder ein Extrablatt herauszugeben, etwa des Inhalts: „Völkische Männer und Frauen! Gebt keine Stuhlprobe an die Staatliche Untersuchungsanstalt nach Erlangen! Die Universität Erlangen ist verjudet. Untersucht euren Dred allein!“

### Plöbliche Erinnerung.

Von Alfred Brust.

Ich habe gar nicht mehr daran gedacht. Und auf einmal steht das entsetzliche Bild wieder gespenstisch vor meinem Blick ins Leere. Es baut sich aus dem Nichts zusammen, könnte man sagen; oder diese Augen, die es gewohnt sind, die mannigfachen Formen und Gemäße der Erdrinde zu erschaffen, sind für Sekunden rübenblind geworden und bilden in einen Spiegel, der auf anderer Ebene steht und das vergessene Bild als plöbliche Erinnerung mir an die Brust wirft.

Es war auf den polnischen Straßen an einem glücklichen Tag, wo die ununterbrochene Reihe der Gefährte, Wagen dicht an Wagen, bei Tag und Nacht, ohne jedes Ende sich dahinschob — zurückschob auf der anderen Seite. Die trostlosen Augen der Fahrer streiften stumm die Gesichter der Vorübergehenden, zuweilen von lächem Erschrecken durchzuckt, wenn ein Bild oder Ähnlich an ferne Tage oder Bekannte erinnern wollte. Doch die Mühseligkeit des Wortes war gewohnt. Und der Blick sonst zurück und wurde wieder stumm. Weiser Stolz, von keiner Machtfläche zu Boden gedrückt, trotz durch die Rippen der Kleidung bis auf die Haut, trotz in den Wagen, trotz in die Augen. Die Pferde stießen auf die Wegplatten und standen nicht mehr auf. An vielen Tausend Kadavern fuhr man am Tage vorüber. Und der Gestank der faulenden und ausgefressenen Tierleichen wurde zur Unerträglichkeit. Die bestialischen Schwaben wirkten in der reinen Nachtluft so etwas, daß ein gepreßtes Gurgeln umherwandelte entquoll, indes die jitzenden Tiere an dem Stürzen angriess an der Reihe wollten.

An einem solchen schwachen Mittag ließ ich den Weg ein wenig leitwärts und ging durch ein ganz niederes Gehölz. Hier wechelte schon Land mit Sumpf. Und in diese Sumpfe getreten die müden Pferde, um langsam, viele Stunden langsam zu versinken. Und als ich mich vom Wege zu weit abgetrennt glaubte, stieg ich auf einen kleinen Sandberg, nur über die Fichten hinpublizieren. Ein grüßliches Säbhorn ließ mich vor Schreck fast niedersinken. Die Stelle, auf der ich stand, begann sich zu bewegen. Ich sprang zur Seite. Der Staubhügel, auf dem ich gestanden hatte, erhob sich mit einem Ruck und Aufspratzen. Ein großes, schwarzes, eingeschautes Pferd stand vor mir und blickte mich so unerschrocken erschütternd an, wie ich es nur zwei, dreimal erlebt habe. Ein tiefes Schluchzen ging durch die blühenden Ästern. Und wie von einer Kante getroffen stürzte das Tier zu Boden und war verloscht. Und als ich wieder auf der Straße war, glaubte ich nicht mehr davon. Vielleicht war es eine Reizung auf der Reithaut. Man sah so viele fremde Dinge in den Toren. Und dieser grauabartige Spuk war schwer zu Gegenwart zu machen.

Über heute fühle ich, daß jene Jahre uns allen schon sehr verstanden scheinen und daß es gut ist, wenn der unsichtbare Spiegel uns von Zeit zu Zeit eine plöbliche Erinnerung vor's Gesicht stellt.

### Das Hitler-Urteil ein Handelsvertrag?

Ludendorff-Graefe behaupten es.

München, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es hat eine Reihe von Tagen gedauert, bis sich die völkischen Repräsentanten zu einem gemeinsamen Protest gegen die einstweilige Inhaftbehaltung des Hitler-Triumvirats in Landsberg zusammenschlossen. Es gelang das erst am Mittwoch, wo die Reichsführerschaft Ludendorff, Straßer und Graefe, die sich im bayerischen Landtag verammelten und in zwei Entschliessungen ihrer „Entschlung gegen die Verschleppungstaktik in der Frage der Haftentlassung Hitlers, Kriebels und Webers“ Luft machten. Beide Entschliessungen sind an sich bedeutungslos. Von Interesse ist lediglich die eine Stelle, in der die drei genannten „Reichsführer“ in aller Deffentlichkeit die Völkischen rufen, die am 1. April 1924 das Urteil fällten, fragen, ob sie sich, wie man jetzt weiß, zu der Beurteilung damals nur bestimmen ließen, weil die Bewährungsfrist zugesichert wurde. Diese Version wird schon seit Monaten in der völkischen Presse kolportiert, ohne daß eine der in Betracht kommenden Behörden darauf reagiert hätte. Entspricht diese Behauptung den Tatsachen, so ist damit ein neuer Beweis geliefert, ein wie lächerlicher und sträflicher Humbug der ganze Hitler-Prozess und die Praktiken des Volksgerichts München in Wirklichkeit gewesen sind.

### Neue Urteile des Staatsgerichtshofs.

„Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats.“

Leipzig, 2. Oktober. (B.Z.) Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik trat heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Doehn in eine neue Sitzungsperiode ein. Als neuer Beisitzer wurde Generalleutnant a. D. Coehler vereidigt. Zunächst wurde gegen den Handlungsgehilfen Kurt Scharfsmidt aus Leipzig verhandelt, der einem Polizeiwachmeister in Uniform ein kommunistisches Flugblatt, das die Zerlegung der Schupo bezweckte, überreicht hatte. Der Angeklagte wurde wegen Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats in Tateinheit mit einem Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 des Republik-Schutzgesetzes zu neun Monaten Gefängnis und 100 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen der gleichen Vergehen wurde der 18jährige Gärtnerlehrling Karl Fiedler aus Stuttgart, bei dem Anfang August dieses Jahres Flugchriften und Plakate beschlagnahmt wurden, die im Zusammenhang mit der kommunistischen Kampfwoche die Herbeiführung der proletarischen Republik propagierten, zu drei Monaten Gefängnis und 30 M. Geldstrafe verurteilt.

In der Nachmittags Sitzung verhandelte der Staatsgerichtshof gegen den Isolierer Kurt Schmidt aus Weipzig-Wahren, der im Frühjahr zurzeit des Wahlkampfes einem Polizeiwachmeister eine Flugchrift überreicht hatte, die zur Zerlegung der Landespolizei dienen sollte. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe und drei Monate der Freiheitsstrafe sind durch die Untersuchungshaft verbüßt.

### Deutschvölkische Schwindeleien.

Kein Verbot der Nationalsozialistischen Freiheitspartei.

Dem „Deutschen Tageblatt“ wird im Anschluß an das Verbot des Bundesoberland von sehr zuverlässiger, dem Preussischen Innenministerium nicht fernstehender Seite, gefürchtet, daß Minister Sebering zu einem sogenannten „großen Schöge“ gegen die völkische Bewegung aushole. „In eingeweihten Kreisen rechnet man sogar mit einem neuen Verbot der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, da man sie zu den kommenden Preußenwahlen im Februar auszuscheiden wünsche.“ Wie dazu amtlich mitgeteilt wird, sind die eingeweihten Kreise, obwohl sie sich auf eine angeblich „sehr zuverlässige, dem Preussischen Innenministerium nicht fernstehender Seite“ berufen, gänzlich uneingeweiht. Im Preussischen Ministerium des Innern ist von einem geplanten Verbot der Nationalsozialistischen Freiheitspartei absolut nichts bekannt.

### Die Psyche des Auslands.

„Manches wäre uns erspart geblieben.“

Auf dem Allgemeinen Neuphilologenkongress, der gestern mit einem Festakt in der Neuen Aula der Berliner Universität begann, hielt der preussische Kultusminister Boelck eine Rede, in der er unter anderem darauf hinwies, daß diese Tagung in eine Epoche falle, in der jeder Mann und jede Frau für Deutschlands Zukunft zu kämpfen habe. Wertvolle Waffen für diesen Kampf zu liefern, sei das Ziel des neusprachlichen Unterrichts. Wenn wir in der Zukunft den verlorenen Platz und die alte Anerkennung wiedergewinnen wollen, sei dies nur mit Hilfe der Kenntnis der Neusprachen möglich. Neben dem Englischen und Französischen sei auch das Spanische zu pflegen und über das Sprachliche hinaus auch die Kenntnis von Land und Leuten und des gesamten Kulturlebens der Nationen. Als er 1914 nach Deutschland zurückkehrte, fuhr der Minister Boelck fort, sei er erschrocken gewesen über die in Deutschland herrschende Unkenntnis der französischen und englischen Psyche. Manches wäre uns in anderem Falle erspart geblieben. Er begrüße es, daß das Spanische im Rahmen des Kongresses einen so großen Raum einnehme. Gerade das Spanische sei von allergrößter Bedeutung auch auf dem Gebiete der Literatur und der Kunst, wo wir uns Schöpfungen eines edlen Volkes gegenübersehen, das Deutschland auch heute noch etwas zu sagen habe. Der Minister schloß mit einem Appell an die Zuhörer, die preussische Regierung bei ihrer Aufgabe auf dem Gebiete des Unterrichtswesens zu unterstützen.

Unter den ausländischen Gästen befand sich der Engländer Prof. Jones. Er übermittelte die Grüße der Universität London und feierte eingehend die Arbeiten der unter Leitung des Prof. Dr. Wilhelm Doegen stehenden Lautabteilung der preussischen Staatsabteilung, der England nichts Gleichwertiges zur Seite stellen könne, da die englische Regierung wohl Geld für Unterrichts- aber nicht für Forschungszwecke ausbe.

### Auslandsdeutsche gegen Schwarz-Weiß-Rot Die „Rigische Rundschau“ verklagt die „Deutsche Zeitung“.

Aus Riga wird uns geschrieben: In deutschnationalen Kreisen hat es lebhafteste Empörung ausgelöst, daß in letzter Zeit auch das Auslandsdeutschtum seine Beziehungen zur Republik zu revidieren beginnt. Ganz besonders auf die Nerven gefallen ist ihnen das deutsche Abtrüden des deutschbaltischen Führers Dr. Schiemann von der schwarzweißroten Propaganda der deutschen Rechtskreise. Dieses Abtrüden hat Schiemann in mehreren ausgezeichneten Artikeln der hiesigen „Rigischen Rundschau“ bekundet. Selbstverständlich ist besonders die „Deutsche Zeitung“, in der ein paar kurzweilige baltische Emigranten seit Jahren zum Schaden des Reiches ihr Wesen treiben, darüber ganz aus dem Häuschen. Vor einigen Tagen hat sie sich aus reaktionären reichsdeutschen Kreisen Rigas einen Angriff auf Schiemann schreiben lassen, der die hiesige Konferenz eingeleitete „Rigische Rundschau“ ein Judenblatt nennt, das niemand im Baltikum liest und niemand in Deutschland kennt. Selbstverständlich ist dieser Angriff anonym. Der Verfasser meckelt, daß er seinen Namen nicht nennen darf, da Schiemann bei seinen guten Beziehungen zur lettlandbaltischen Regierung sonst dafür sorgen wird, daß er aus Lettland ausgewiesen würde. Wegen dieser schamlosen Verächtlichkeit hat Schiemann im Einverständnis mit seinen Kollegen die „Deutsche Zeitung“ verklagt.

Reichswehr und Deutscher Offiziersbund. In unseren Ausführungen in der gestrigen Abendausgabe über die Zusammenhänge zwischen dem Deutschen Offiziersbund und der Ludendorff-Hitler-Organisation wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß den Reichswehroffizieren die Zugehörigkeit zum Deutschen Offiziersbund seit langem verboten ist.

Peter Aldauer hat seinen Sitz im Preussischen Staatsrat nicht aufgegeben. Die Bestimmung des Eisenbahngesetzes, nach welcher Mitglieder des Reichstags und eines Landtags nicht Mitglieder des Eisenbahn-Verwaltungsrats sein dürfen, findet auf den Staatsrat keine Anwendung.

### Die Hofentafeln meines Freundes.

Von Schwester Lydia Ruchland.

Mein Freund ist ein ausgemachter Glücksfucher, aber auch ein Glücksfinder, was nicht jeder von sich sagen kann. Wer an dieser Eigenschaft zweifelt, der werfe gefälligst einen Blick in die beiden prall gefüllten Hofentafeln auf Bubi — so heißt mein kleiner Freund — Oberschenkel und er wird den regen Sammelstun des Jungen rückhaltlos anerkennen müssen, wenn er vielleicht auch nicht begreift, wozu Bubi all die merkwürdigen Dinge braucht. Aber er braucht sie, veriaßt euch darauf Sein ernsthaftes Kindergesicht spiegelt lautere Wahrheit wider, wenn er versichert: „das brauch' ich und das brauch' ich!“

Das Verständnis für Bubis Fundgrube scheint seiner Mutter zu fehlen — auch Mutter fehlt ja so manches —, denn Bubi erklärt mir: „Du haust mir nicht“ sagt er und schütet mir Herz und Hofentafeln unbedenklich aus. Nein, ich „hau“ ihn gewiß nicht! Denn ich bin ja seine Freundin. Ich kann verstehen, weshalb ein Junge immer ein Paket verpackten Bindfaden aufbewahrt, ich begreife, daß ein ausgeleierter Bohrer trotz abgedrohter Spitze sicher einen Zweck zu erfüllen imstande ist, wenn sich mit seinem Gebrauch eines Bubis Geduld und feiner Wille verbindet.

Ein durchsichtiges Haarsieb ist ebenfalls ein ganz nettes Spielzeug und am Sandhaufen immer noch verwendbar. Klücker gehören ebenfalls zum selbstverständlichen Inventar einer richtiggehenden Jungenshofentafel. Und wer zweifelt an der Tatsache, daß Kreide ein schier unerschöpfliches Vergnügen in der Hand eines zeichnerisch noch so unbegabten Bubens bedeutet? R ä g e l kann einer immer brauchen, und wenn sie trumm sind, klopft Bubi sie noch trummer, damit Haken daraus werden. Eine kleine leere Heft-Plastikbox enthält zwei verrostete Schreibfedern — „Aber Bubi, die kannst du doch fort tun.“ „Nein, die brauch' ich, wenn ich mal schreiben lerne!“

Unerschöpflich ist der Vorrat der kleinen Hamstertaschen, auf deren Grunde es von Brotkrümeln, Kressensamenkörnern und Wollfäden nur so wimmelt und fuffelt. Jetzt kommt noch ein braunes „Etwas“ zum Vorschein „???“ „Den hab ich in der Dachrinne gefunden!“ — „Nein, ist es möglich, ein verrottener Regenwurm?“ „Ja, damit ist doch nie mehr los, Bubi, bei gesch!“ „Doch, den heb ich mir zum Andenken auf!“ — „Nun aber kommt das letzte, zugleich mit einer Handvoll unterer Kastanien — nun kommt die Hauptache, um derenwillen eine Tafel überhaupt vorhanden ist — ein merkwürdiges dunkelgraues Knäuel —, das ist, nein, das soll sein, nein, das war einmal ein Taschentuch!!! Mit der Umsicht eines Geizhalses entrollt Bubi vor meinen staunenden Augen seine Schätze und packt sie wuppig wieder in seiner Taschen Tüsch. Selbst auf die Gefahr hin, daß Mutter ihn „hau“!

Nun sage noch einer, daß Bubi kein Glücksfinder sei!

Jeder die geistige Bewegung des Staatlichen Bauhauses in Weimar spricht am 2. Oktober, abends 8 Uhr, der Leiter des viel umfänglichen Staatlichen Bauhauses in Weimar Walter Gropius im Zentral-Institut für Ergiehung und Unterricht“, Potsdamer Str. 120.

Der Deutsche Urologenkongress in Berlin, zu dem sich zahlreiche einheimische und ausländische Fachärzte für Harn- und Nierenkrankheiten eingefunden haben, wurde eröffnet. In seiner einleitenden Rede sprach der Vorsitzende Prof. Dr. Posner über die sozialärztliche und gemeinmedizinische Bedeutung der Urologie. Der Harnapparat ist in vieler Hinsicht ein Klein- und Großbetriebes schädigenden Einflüssen ausgesetzt. Von besonders verderblicher Bedeutung sind Blei und Sublimat. Schriftsteller, Maler und Arbeiter von Bleierbetrieben sind am meisten gefährdet. Nicht häufig wurde auch im letzten Jahre der bei Unfallverletzten auftretende Bleikerbs beobachtet. Prof. Posner verlangte, wie das auch von gewerkschaftlicher Seite wiederholt gefordert ist, eine periodische Untersuchung aller in gesundheitsgefährlichen Betrieben tätiger Personen.

Die vierzehnte Versammlung des Deutschen Historikervereins. Am Kaiserföal des Frankfurter Römer wurde die vierzehnte Versammlung Deutscher Historiker und Geschichtslehrer durch einen Empfangsabend eröffnet, den der Magistrat der Stadt gab. Als erster begrüßte Prof. Ziehen im Namen des Magistrats die Teilnehmer, indem er an die Historikertagung von 1895 erinnerte und an die Persönlichkeit des damaligen Oberbürgermeisters Abikes anknüpfte. Prof. Kühel als Vorsitzender des Verbandes Deutscher Historiker dankte für die Begrüßung und sprach zugleich allen denen seinen Dank aus, die geholfen hatten, die Historikertagung unterzubringen. Im Namen der Regierung begrüßte hierauf Prof. Dr. Becker die Versammlung mit einem Hinweis auf die schwere Zeit, in der diese Tagung stattfindet. Die Regierung ist bemüht, politisch und finanziell die Freiheit der Wissenschaft nach allen Kräften zu schützen. Zum Schluß sprach dann im Namen des Oberpräsidenten Schwander Regierungspräsident Haenisch.

Böns-Feier. Zu einer Böns-Feier im Bürgerföal des Rathauses lud am Mittwoch die Vereinigung „Berliner Abende“ (vormals Biber-Abende) ein, die im großen und ganzen gelungen und ein würdiges Gelingen an den Heidebüchler war. Elise Beyer, die vortreffliche Arno-Holz-Interpretin, jagte sich auch als sympathische Böns-Sprecherin, der besonders die dramatisch-wirkungsvolle Erzählung „Die rote Beete“ (aus dem braunen Buch) gelang. Auch die herzige Geschichte von „Rämmelmann“ und die pugige vom „Hausfriedensbruch“ schufen viel Freude und hatten Erfolg. Weniger geistig läte Birchel mit ihren Banteliedern; ihre Stimme war unrein. Die Vertonungen von Fritzilde und Ernst Licht würden besser gewesen sein, als die oft unglücklich improvisierten von Kurt Bangner. Am dem Abend eine vollendete Rundung zu geben, hätte man einige starke Stellen aus den Romanen „Werwolf“, „Das zweite Gesicht“ bringen sollen, an Stelle der harmlosen „Goldenen Heide“. So fehlte dem Abend quasi die tiefere Seele Böns. W. G. D.

Zur Feier des 100. Geburtstags Anton Bruckners findet am 11. Oktober abends 7 1/2 Uhr, in der Wandelhalle des Reichstags ein Festabend unter dem Protektorat des Reichskanzlers Dr. Marx, veranstaltet vom Österreichisch-Deutschen Volksbund und der Bruckner-Vereinigung, statt. Am den offiziellen Teil des Abends wird ein Gesellschaftsabend unter Mitwirkung hervorragender Künstler schließen. Der Abend ist gleichzeitig als Wohltätigkeitsveranstaltung gedacht. — Eintrittskarten bei A. Weitzel und bei Bote & Bod.

## Bankenkrach in Berlin.

### Opfer der Aufwertungspekulation.

Die Berliner Depoiten- und Handelsbank hat den Konkurs anmelden müssen, der als Folge einer verfehlten Kreditspekulation anzusehen ist. Dem Aufsichtsrat gehört der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer an, der im Aufwertungsaußschuß des Reichstages eine bedeutende Rolle spielte.

Die Rolle des Abgeordneten Fleischer war im Aufwertungsaußschuß schon längst bekannt und ist dort auf einmal in seiner Abwesenheit deutlich bezeichnet worden. Das Zentrumsorgan „Germania“ hat vor einiger Zeit Meldungen der „Frankfurter Zeitung“ nach dieser Richtung für Verleumdungen erklärt. Aus der vorstehenden Meldung scheint sich aber zu ergeben, daß die ganze Angelegenheit nicht als mit dieser Erklärung erledigt betrachtet werden kann.

## Starke Teuerung auch im Ruhrgebiet.

### Die Kommunen können die Lasten nicht tragen.

Bochum, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Preissteigerungen im Ruhrgebiet haben in den letzten Wochen einen derartigen Umfang angenommen, daß von den Behörden mit einem scharfen Kampf gegen Preisüberforderungen gedroht wird. Die Kommunen sind nicht in der Lage, den gesteigerten Unterstützungsbedürfnissen gerecht zu werden. In behördlichen Zuschriften an die Presse wird darauf verwiesen, daß die Zwischenhändlergewinne zu einer untragbaren Verteuerung der Lebenshaltung geführt haben. Gegenüber dieser Preissteigerung haben die Löhne und Gehälter für Beamte, Angestellte und Arbeiter keine Aufbesserung erfahren, sondern das allgemeine Lohnniveau ist durch Kurzarbeit und zahllose Preisrückgaben ganz erheblich gesenkt worden. Trotz des überaus großen Warenangebots und der geringen Nachfrage haben in den letzten Monaten die wichtigsten Lebensmittel wie Butter, Eier und Fleisch, Fett und Brot eine Preissteigerung von 25, teilweise sogar 50 Proz. erfahren. So kosteten im Monat Juni Butter 1,20 M., Schmalz 88 Pf., Kalbfleisch 70 Pf. bis 1 M., holländischer Käse 80 Pf. bis 1,20 M. Heute werden gefordert für Butter 2,50 M., Schmalz 90 Pf., Kalbfleisch 1,30 bis 1,40 M., holländischer Käse 1,30 bis 1,60 M.

## Der Abbau des Ruhrzwangs.

Düsseldorf, 2. Oktober. (W.B.) General Degoutte hat die Verfügung Nr. 105, betreffend die Regelung des Straßenverkehrs, mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Damit sind die Vorschriften der Befehls über den Straßenverkehr, die Zuwiderhandlungen mit erheblichen Strafen bedrohen, außer Kraft getreten. Ueber den Verkehr mit Fahrrädern, Kraftfahrzeugen usw. finden nunmehr die deutschen Polizeivorschriften wieder in vollem Umfange Anwendung.

Die im vergangenen Jahre von den Franzosen beschlagnahmte Druckerei sowie die Redaktions- und Geschäftsräume des „Düsseldorfer Tageblatts“ sind gestern von den Franzosen geräumt worden.

## Kommunistische Mordaufklärung.

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages über die politischen Morde setzte am Dienstagabend seine Beratungen fort. Zunächst wurde der Fall Czetzalla, über dessen haarsträubende Einzelheiten wir bereits berichtet haben, zu Ende gebracht. Der Ausschuß nahm den Antrag des Vorsitzenden Goebel (Z.) an, die Akten zur weiteren Veranlassung dem Reichswehrministerium zu stellen.

Sodann trat der Ausschuß in die Beratung des Falles Jogisches ein. Leo Jogisches, der geistige Vater des Spartakusbundes, ist bekanntlich am 10. März 1919 im Gebäude des neuen Kriminalgerichts von den Kriminalwachmännern Lamschik und Grahn —

Die Mitwirkung von Kindern bei Filmaufnahmen hat schon seit geraumer Zeit zu lebhaften Klagen geführt. Schutzbestimmungen waren dringend notwendig. Der Polizeipräsident hat jetzt eine entsprechende Verordnung erlassen. Danach ist die Beschäftigung von Kindern unter 3 Jahren in Filmbetrieben verboten, diejenige von Kindern über 3 Jahren bedarf einer besonderen polizeilichen Erlaubnis. Nach der Verordnung sind auch Schutzmaßnahmen für die beschäftigten Kinder angeordnet worden, die sich namentlich auf den Schutz der Augen gegen Blendung beziehen.

Der größte Bühnenerfolg aller Zeiten ist bis jetzt das Lustspiel „Charlens Tante“ des Engländers Brandon Thomas, dessen Todesstag sich in diesem Jahre zum zehnten Male jährt. Das Stück wurde in London in den Jahren 1892 bis 1896 ohne Unterbrechung täglich aufgeführt. Es wurde in fast alle Sprachen übersetzt und in allen Ländern der Erde aufgeführt. Die Einnahmen, die Brandon Thomas aus diesem Werk hatte, wurden viele Jahre hindurch auf 10 000 Mark täglich geschätzt. In England gibt es zahlreiche Schauspieler, die in ihrem Leben nichts anderes als Rollen aus „Charlens Tante“ gespielt haben. Im Jahre 1913 gründeten sie in London den „Charlens' Club“, dessen Ehrenpräsident der Verfasser selber war. Brandon Thomas überlebte trotz dieses Riesenerfolgs nicht glücklich. Er war dadurch verbittert, daß seine ersten Stücke zu keinem Erfolg gelangen konnten.

Einpöbeln mit Elektrizität. Die Elektrizität hat sich, wie der Berichterstatter der „Minerva“ mitteilt, ein neues Gebiet für ihre praktische Verwendung erobert. Ein großes amerikanisches Handelshaus hat eine neue Methode der Konservierung des Fleisches durch Einlegen mit Hilfe der Elektrizität in ihren Betrieben angewandt, die die besten Erfolge, sowohl von technischer wie von ökonomischer Seite aus betrachtet, erzielt hat. Man konnte auf diese Weise Nahrungsmittel, die sonst zur Durchführung ihrer Konservierung einer dreimonatigen Behandlung bedürften, in einem Monat einpöbeln. Die benutzte Lauge besteht aus einer Lösung von Salz, Zucker und Salpeter, durch die ein elektrischer Strom von 30 bis 35 Ampere sechzigmal hindurchgeschickt wird. Zum Einpöbeln von 3 B verwendet man große Zuber, die gut 2200 Kilogramm auf einmal fassen. Die Lauge wird bei einer Temperatur von 1—2 Grad in die Gefäße eingefüllt und durch ein Pumpwerk in Bewegung gehalten. Die Elektroden, die an den beiden Enden gegenüberliegenden Enden des Gefäßes aufgestellt sind, bestehen aus je fünf Kohlenzylinder von 120 Zentimeter Länge und einem Durchmesser von 8 Millimeter und sind durch Kupferdrähte isoliert. Zwischen den beiden Elektroden herrscht eine Spannung von 40 Volt. Die Wirkung des elektrischen Stromes zeigt sich darin, daß die Poren des Fleisches geöffnet und die Durchdringung mit der Salzlauge auf diese Weise erleichtert wird. Das hat eine bedeutende Ersparnis an Zeit und Kosten zur Folge. So braucht man z. B. zum Einpöbeln von Speck nach der alten Methode 20 Tage, während der Prozeß mit Hilfe der Elektrizität in drei, höchstens vier Tagen vollendet ist. Und das gleiche Verhältnis gilt auch für das Einpöbeln anderer Fleischsorten.

Der neue Bremer-Marktschlichter. Zum Nachfolger des aus der Reichswehr ausgeschiedenen Armeemarschallens Prof. Theodor Grawert ist Prof. Hakenberger ernannt worden.

angeblich bei einem Fluchtversuch — erschossen worden. Ein Fluchtversuch ist zwar nach den Umständen äußerst unwahrscheinlich, aber eine Aufklärung des Falles war bisher besonders dadurch erschwert, daß Zeugen so gut wie ganz fehlten. Nur traten in der Debatte die kommunistischen Abgeordneten Dr. Meyer und Kosi Wollstein mit der Behauptung hervor, daß eine Anzahl ihrer Parteigenossen, die mit Jogisches zusammen verhaftet gewesen seien, gehört hätten, wie Jogisches im Nebenzimmer mißhandelt worden sei und daß Soldaten bei der Abführung des Jogisches höhnisch gerufen hätten: „Fluchtverdächtig“ und „Das gibt einen Fluchtversuch“. Die nachfolgenden Redner erklärten mit Recht ihre Verwunderung, daß die kommunistische Partei diese wichtigen Tatsachen, über die sich in den Akten nicht die geringste Andeutung findet, bisher nicht zur Kenntnis der Justizbehörden gebracht haben. Darauf erklärte Frau Wollstein: Die Kommunisten dächten gar nicht daran, in diesen und anderen Fällen ihre Kenntnisse den Gerichtsbehörden mitzuteilen, weil sie zu diesen kein Vertrauen hätten. Sie lehnten das unter allen Umständen ab und behielten sich eine künftige eigene Sache vor. Der sozialdemokratische Redner, Genosse Kuttner, erwiderte darauf mit Recht, daß dann allerdings wenigstens die Kommunisten sich nicht beschweren dürften, daß politische Morde unaufgeklärt blieben. Selbst wenn man zu den Berichten kein Vertrauen habe, müsse man ihnen einen Mißbrauch ihres Amtes so schwer als möglich machen. Hätten in diesem Falle, wo es sich doch um einen bedeutenden Führer der kommunistischen Partei handelte, die Kommunisten ihre Zeugen den Anklagebehörden mitgeteilt und hätten diese nicht darauf reagiert, so könnte jetzt der Ausschuß eine offensichtliche Verfehlung der Justiz konstatieren. So sei das nicht möglich. Was nützen kommunistische Anklagen gegen die Justiz, wenn die Kommunisten selber bei der Vertuschung solcher Fälle Helfershelfer seien!

Der Regierungsvorsteher gab die Erklärung ab, daß die Staatsanwaltschaft erwidern würde, an Hand der neuer kommunistischen Behauptungen den Fall nochmals nachzuprüfen.

## Vor britischen Neuwahlen.

### Auflösung wegen des englisch-russischen Vertrags?

London, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus hat in zweiter Lesung die Gesetzesvorlage zur irischen Grenzregelung mit 291 gegen 124 Stimmen angenommen.

Die Diskussion über die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Redakteur eines kommunistischen Blattes, die vorläufig das politische Ereignis Englands bildet und die zu einem Mißtrauensvotum der Konservativen geführt hat, wird am kommenden Dienstag fortgesetzt. Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierung im Falle der Annahme dieses Antrages zurücktritt. Sicher ist jedoch, daß Macdonald den König um die Auflösung des Parlaments ersucht, sobald der inzwischen eingebrachte

Antrag der Liberalen Annahme findet. Dieser Antrag fordert in der Form eines begründeten Mißtrauensvotums die Ablehnung des englisch-russischen Vertrages, weil er unzulässige Gebete nach Rußland lenkt, die in England notwendig gebraucht würden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Produktion zu fördern.

London, 2. Oktober. (Reuter.) Es besteht die Möglichkeit, daß sofortige Parlamentsneuwahlen stattfinden werden. Ein Mitglied der Arbeiterpartei erklärte heute, daß seine Partei in organisatorischer Beziehung hervorragend vorbereitet sei. Die Arbeiter würden den englisch-russischen Vertrag verteidigen.

London, 2. Oktober, 10 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) In allen politischen Quartieren ist heute abend die Auffassung einheitlich, daß Neuwahlen unvermeidlich sind, zweifelhaft ist lediglich, ob die Auflösung am kommenden Mittwoch bei dem konservativen Mißtrauensantrag oder erst später beim russischen Vertrag fällt. Die bürgerliche Presse zeigt den Wunsch, daß die Entscheidung möglichst schon bei dem konservativen Mißtrauensantrag herbeigeführt würde, da die Auflösung wegen des russischen Vertrags ihr weniger opportun erscheint. Die Auflösung der Liberalen über ihre Haltung zum konservativen Antrag ist noch nicht gefallen. Die Regierung ist jedenfalls ein solches Votum nicht lediglich als gegen die Person des Generalsstaatsanwalts, der Regierungsmitglied ist, geschickt anzusehen, sondern als Mißtrauensvotum gegen die Gesamtregierung. Jedoch herrschte am Nachmittag im Unterhaus die Auffassung, daß die Auflösung nicht herbeigeführt werden sollte, da eine solche Niederlage der Regierung unerwünschte Komplikationen bereiten würde. Zweifelhaft ist, ob in diesem Fall die Krone der sofortigen Auflösung zustimmt. Möglicherweise würde zur Durchführung der irischen Gesetzgebung die Zwischenlösung einer liberalen Einlageregierung notwendig werden, ehe Neuwahlen erfolgen.

Falls die Krise in der kommenden Woche noch vermieden wird, so läßt doch die jüngste liberale Entscheidung einen Ausweg in der russischen Frage nicht mehr offen. Ablehnung der Anleihegarantie bedeutet Ablehnung des Punktes, mit dem dieser Friedensvertrag steht und fällt. Der sozialistische „Daily Herald“ glaubt zu wissen, daß eine Anzahl liberaler Abgeordneter zur Arbeiterpartei übergehen werden. „Evening Standard“ weist darauf hin, daß bei der inneren Zerrissenheit der Liberalen einerseits und der bisher bewiesenen Nachgiebigkeit Macdonalds andererseits noch Überraschungen möglich seien. Jedoch wird in den maßgebenden Kreisen aller Parteien eine derartige Möglichkeit entschieden dementiert.

Abbau des Ruhrmilitarismus. Die belgische Regierung hat beschlossen, sofort die Verlängerung des Militärdienstes, die seit der Ruhrbesetzung besteht, aufzuheben, mit Rücksicht darauf, daß die Ruhrbesetzung aufhören wird.

# Deutsche und französische Wirtschaft.

## Eine Rede des französischen Handelsministers.

Paris, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Eröffnungsrede der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen am Donnerstag hielt der Handelsminister Raynaud eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Frankreich hat seine wirtschaftlichen Kräfte lahmgelassen, ruiniert durch die Inflation zerstört gesehen. Um sie wiederherzustellen, hat es eine demütigende Anstrengung unternommen, oder es mußte aus seinen eigenen Mitteln den Preis dieser Wiederherstellung vorstücken. Obwohl es diese ungeheure und heilige Aufgabe vollzog, konnte es schon unmittelbar nach Kriegsende zu einem Regime der Handelsfreiheit zurückkehren, und wenn es auch von einer Entwertung seines Geldes berührt wurde, so hat es doch nicht die Umwälzungen einer Geldkatastrophe gekannt.

Deutschland dagegen hat seine Handlungsfreiheit eingeschränkt, was für die anderen und für es selbst eine Erschwerung bedeutet hat, und es hat auch geduldet Umwälzungen erfahren, von denen es sich mit methodischer Energie wieder aufrichtete. Hingegen hat es seine nationale Wirtschaftskraft erhalten und unausgesetzt entwickelt. Das Spiel der wirtschaftlichen Kräfte ist infolgedessen niemals unterbrochen worden. Diese Kräfte arbeiten mit vollem Erfolg, so daß sie die Arbeitsstundenlöhne überschreiten,

auf die Frankreich kraft internationaler Abkommen beschränkt ist. Diese Tatsachen zwingen uns, mit ihnen zu untersuchen, ob die Wirtschaft der beiden Länder im gleichen Grade zu normalen Produktionsverhältnissen und infolgedessen auch Konkurrenzverhältnissen zurückgekehrt ist und Sie zu fragen, ob wir bei alledem fest entschlossen sind, einen energischen Schritt nach der Richtung der Wiederherstellung des Güterauswachs zu tun. Ob wir ihn sofort durch ein definitives Statut regeln könnten oder ob wir ihn nicht im Gegenteil einem vorläufigen Regime unterstellen sollen, einem provisorischen Regime, das wir uns selbstverständlich vorbehalten würden, später zu verbessern oder zu stabilisieren.

Sodann wies der Handelsminister die Frage auf, ob Deutschland die Abstände, das System der Kontingente und der Genehmigungen, das während des Krieges eingeführt und seitdem nicht völlig abgeschafft wurde, zu verewigen oder ob es zur Handelsfreiheit zurückzukehren gedenke. In Deutschland zu einer Abänderung seiner Tarife geschritten, auf die sich die Arbeiten der Handelsdelegation stützen könnten. Außerdem erwähnte der Handelsminister

die elsaß-lothringische Sonderstellung. Die zweifelslos eine Maßnahme der Gerechtigkeit bedeute und ihren Vorläufer in früheren Verträgen finde. Danach habe Elsaß-Lothringen nur zum geringen Teil die Vorteile dieser Sonderstellung genossen und es sei andererseits nicht zu leugnen, daß der Strom, der Elsaß-Lothringens Erzeugnisse auf die deutschen Märkte führte, nicht ohne schwersten Schaden unterbrochen werden könnte. Die französische Regierung müsse daher im Sinne der Gerechtigkeit und als Bürgschaft des Friedens und der Verständigung die Frage der vorläufigen Aufrechterhaltung der Ausfuhrfreiheit elsaß-lothringischer Waren nach Deutschland aufwerfen. Andere Fragen würden sich ergeben, ohne deren Lösung die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder Gefahr laufen, schwierig zu bleiben.

Der Minister schloß mit den Worten: Außerdem kann man sagen, daß das Werk der Regierungen unvollständig bleiben würde, wenn die Beziehungen zwischen den Staatsangehörigen der beiden Länder und wenn die Vereinbarungen, die vor dem Kriege ihre Tätigkeit regelten, nicht wiederhergestellt werden könnten.

### Antwortrede Trendelenburgs.

In seiner Antwortrede führte Staatssekretär Trendelenburg u. a. aus: Der Wohlstand der nationalen Wirtschaften Europas in der Vorkriegszeit bedarf durch eine weitgehende internationale Arbeitsteilung einen von Jahr zu Jahr zunehmenden Warenaustausch zwischen den einzelnen Staaten. Dieser Warenaustausch führte jede einzelne Wirtschaft aus der Begrenztheit des einzelnen Landes heraus in die Weltwirtschaft. Die Basis dieser ge-

funden freien Entwicklung war das allgemein anerkannte System gemäß des Zollschutzes in Verbindung mit dem Grundgedanke der allgemeinen Weltbegünstigung im gegenseitigen Warenverkehr.

Dieses System enger Verflechtung der nationalen Wirtschaften hat den Krieg zerstört.

Dem Krieg folgte der Zerfall zahlreicher Währungen Europas. Er verhinderte die allgemeine Rückkehr zu den freien Zuständen der Vorkriegszeit. Ueberall haben wir in den letzten Jahren Einfuhrverbote, Zollerhöhungen, Valutazensuren und andere Maßnahmen wirtschaftlicher Absperrung erlebt. Differenzierungen unerträglicher Art (z. B. des Passivwaisens, Red. d. „Vorw.“) waren an der Tagesordnung; der blühende Warenaustausch der Vorkriegszeit ist auf ein Maß zurückgeschraubt worden, das den Wohlstand Europas auf das äußerste geschädigt hat und weiter gefährdet. Der deutsch-französische Warenverkehr, der sich vor dem Krieg auf etwa 1½ Milliarden Goldmark belief, hat sich in den Jahren der Nachkriegszeit nicht erholen können und steht im Gegenjahre zu den Bedürfnissen der beiden großen Wirtschaften. Der Herr Minister hat auf die Zerwürfungen hingewiesen, welche der Krieg für Frankreich zur Folge gehabt hat. Die schweren Verluste, welche Deutschland durch den Krieg und seine Folgen erlitten hat, sind anderer Art. Wir, die wir

die Nöte der deutschen Wirtschaft vor Augen haben, können nicht verstehen, daß im Zustande auch heute noch die Meinung verbreitet ist, daß die deutsche Wirtschaft im ganzen gesehen ihre alte Leistungsfähigkeit auch nur annähernd behalten habe und der Wettbewerb ihrer Produktion eine Gefahr für die anderen Nationen bedeute. Die Verhältnisse fordern ein Aufräumen mit diesem Zustande gegenseitiger Abschließung. Gleichheit, Vertretung und möglichst freie Stellen an Stelle der Differenzierung und Mißgunst in der ganzen Welt treten. So notwendig während des Krieges der Übergang zum System der Einfuhrverbote gewesen sein mag, so gern sind wir jetzt, nach Stabilisierung der Währungsverhältnisse, bereit, von diesem System Erleichterungen zu gewähren. Alle anderen wirtschaftlichen Maßnahmen der Uebergangszeit sollen gleichfalls fallen. Auch in bezug auf das Ausmaß des Zollschutzes stehen wir auf dem Standpunkt, daß nur eine Anspannung der Zölle an veränderten Wirtschaftsverhältnissen notwendig ist. Im Prinzip soll das System des gemäßigten Zollschutzes, wie es bei uns in der Vorkriegszeit bestand, nicht geändert werden. Gerade auf diese letzte Feststellung lege ich ganz besonderen Wert, weil die Absicht der deutschen Regierung in dieser Beziehung, ungraduell der wiederholten ungewollten Ausfuhrungen, Mißverständnissen im großen Umfange ausgelegt gewesen ist. In Verbindung mit dem gemäßigten Zollschutz bedürfen wir aber weiter wie in der Vorkriegszeit der unbeschränkten allgemeinen Weltbegünstigung. Wir erstreben dieses System nicht deshalb, weil Deutschland die im Dawes-Guthachten vorgesehenen Zahlungen nur durch Ausfuhr bemerken kann, wir wünschen dieses System vielmehr vor allem, aus der Ueberzeugung heraus, daß nur auf der Basis der Weltbegünstigung die Verflechtung der nationalen Wirtschaften dergegestalt wieder in einem Maße herbeigeführt werden kann, wie es vor dem Kriege zum Nutzen aller Staaten bestanden hat. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse Europas seit den Konferenzen von Genoa und Genf hat überall die Ueberzeugung weiter verstärkt, daß nur auf der Grundlage voller gegenseitiger Gleichheit eine wirtschaftliche Gesundung Europas zu erhoffen ist.

Auch unter dem gleichen Gesichtspunkte der Weltbegünstigung ist die Erhebung der Zoprozentigen Abgabe zu beurteilen, gegen welche die deutsche Regierung bereits im anderem Zusammenhang sich gewandt hat.

Ich bitte den Herrn Handelsminister, die Ueberzeugung mitzunehmen, daß das Ziel der Reichsregierung die Wiederbelebung des gegenseitigen Handelsverkehrs zum Wohle beider großen Länder ist.

Die künftigen Sitzungen werden streng vertraulich sein und nur von Fall zu Fall werden offizielle Mitteilungen im beiderseitigen Einverständnis ausgegeben werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die „Vaterländischen“

„Deutsche Werkgemeinschaft, Wochenchrift der deutschen Arbeitnehmerbewegung Großdeutschlands in Stadt und Land“, nennt sich das von den Gelben vertriebene und den Scharfmachern im Unternehmerlager gezahlte Blatt, das die etwas hochfliegende Aufgabe hat, die Gewerkschaften und insbesondere die Sozialdemokratie fortzumachen. Vor uns liegt die Nummer 28, vom 28. September, in der nach kommunistischem Muster ein „vaterländischer Betriebsrätekongress“ zum 6. und 7. November nach Berlin einberufen ist, dem ein „Reichsbundestag“ folgen soll. Die geistigen Leiter dieser sogenannten Arbeiterbewegung sind die Deutschnationalen Geisler und Dr. Erich Schmidt.

In der angeführten Nummer wird unter dem Titel „Der Volksbeitrag der Sozialdemokratie“ wieder einmal der Versuch gemacht, die Sozialdemokraten verantwortlich zu machen für das Elend des Krieges und der Nachkriegszeit. Der Verfasser, der offenbar auf das kurze Gedächtnis seiner Leser spekuliert, fängt da an, wo er eigentlich aufhören mußte: beim Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland. Vier Jahre hat das deutsche Volk gehungert und gebüht, um feige im Stich gelassen zu werden von denen, die es den bekannnten herrlichen Zeiten entgegenzuführen versprochen hatten. Die Sozialdemokratie ist mit Mut und Entschlossenheit für jene feigen Deserteure in die Bresche gesprungen. Aus dem Trümmerhaufen des Elends, das die Hohenzollern zurückgelassen hatten, mußte langsam und mühselig das staatliche und wirtschaftliche Leben wieder aufgebaut werden. Das ist ein Werk, das Jahrzehnte erfordert.

Die Sozialdemokratie hätte aber nicht nur gegen das Elend anzukämpfen, das uns das kaiserliche Deutschland zurückgelassen hat; sie mußte auch die Feindschaft der ganzen Welt, die uns das Hohenzollernregime eingetragen hat, überwinden. Sie mußte kämpfen gegen die Sabotage der Scharfmacher, die die „vaterländischen Arbeitnehmerverbände“ aushalten und sich jeder Sonderung der Wahrung und Wirtschaft widersetzen. Diese angeblich Vaterländischen, deren Geldgeber ungeheure Reichtümer zusammenschoben haben, besitzen nun die Freiheit, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung den Ruin Deutschlands durch die Hohenzollern und die Schieberwirtschaft der Unternehmer, die statt zu produzieren, spekulierten, in die Schuhe zu schieben. Diese Leute, die vor jedem, der es versteht, mit den schmutzigsten Mitteln reich zu werden, auf dem Bauche liegen, werden ausgerechnet der Sozialdemokratie Materialismus vor!

Die „Vaterländischen“, die das Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen, die den Mittelstand, die Sozial- und Kleinrentner enteigneten, die ungeborene Reichtümer aufgestapelt und in allen Ländern der Welt Befugnisse erworben haben, die gleichzeitig den Arbeitern Hungerlöhne zahlen, sie zu 10- und 12stündiger Arbeitszeit verdammen wollen, die aus reinem Profitinteresse Zechen und Fabriken stilllegen und Zehntausende von Arbeitern zum Hunger verurteilen, diese Leute besitzen die Freiheit, durch ihre Goldschreiber den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie Vaterlandslosigkeit und materialistische Gesinnung vorzuwerfen. Die Stinnes, die gegen 6 Prozent Provision mit dem „Erbeinde“ Erfüllungspolitik zu treiben bereit waren, die sich mit aller ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht der Stabilisierung unserer Währung entgegensetzten, um ungehört das deutsche Volksermögen ins Ausland vertrieben zu können, besitzen die Unverschämtheit, den Sozialdemokraten mangelnde vaterländische Gesinnung vorzuwerfen. Es genügt im übrigen vollkommen, daran zu erinnern, wie sich die Verderber Deutschlands im November 1918 feige gedrückt haben und mit und ohne blaue Brille ins Ausland flohen. Es genügt, zu erinnern, wo die Millionäre (in Goldmark) des Nachkrieges sitzen, um den ganzen „vaterländischen“ Schwindel ins rechte Licht zu setzen.

### Zur Erwerbslosenversicherung. Beitragspflicht — Unterstützungsrecht.

Eine gemeinsame Vorstandskonferenz der freien Arbeiter- und Angestelltenvereine Berlins beschäftigte sich am Dienstag im Gewerkschaftshaus eingehend mit Fragen der Erwerbslosenfürsorge. Besonders die große Ungerechtigkeit der Beitragspflicht aller krankensicherungsspflichtigen Arbeitnehmer ohne Unterstützungsrecht bei eintretender Arbeitslosigkeit wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde verlangt, daß die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge durch eine Bestimmung ergänzt wird, die das Unterstützungsrecht gewährt.

Weiter wurde die Aufhebung der Bestimmung über die Pflichtarbeit gefordert, weil es höchst ungerecht erscheint, daß bei einer Beitragsleistung der Unterstüzungsempfänger für seine Unterstüftung noch Arbeit leisten soll. Jedenfalls sei für Pflicht- und Notstandsarbeit das System der tariflichen Entlohnung einzuführen. Gegen die Absicht des Magistrats, Angestellte in den Bezirksarbeitsämtern zu entlassen und durch abgebaute Beamte zu ersetzen, nahm die Konferenz ebenfalls in scharfer Weise Stellung. Die Absicht des Magistrats sei geradezu frevelhaft, wenn man bedenkt, daß dabei gar keine Ersparnisse erzielt werden, aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber die abgebauten Beamten neben ihrem Wartegeld noch das volle Gehalt bis zur Gruppe VIII bekommen würden. Dazu sind die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Erwerbslosenfürsorge doch nicht da. Die Vorstandskonferenz brachte ihren Unwillen gegen die beabsichtigten Maßnahmen des Magistrats durch Annahme einer entsprechenden Entschlüsselung zum Ausdruck.

Bezüglich der durch die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge

herbeigeführten Mißstände nahm die Konferenz folgende Entschlüsselung an:

„Die gemeinsame Vorstandskonferenz der freien Arbeiter- und Angestelltenvereine Berlins erwartet von den Bundesvorständen, daß sie ihre ganze Kraft erneut einsetzen, um das Unterstühtungsrecht für alle Erwerbslosen bei einer Beitragsleistung zu erlangen. Weiter lehnt die Konferenz, nachdem die Beitragspflicht gesetzlich eingeführt ist, die Pflichtarbeit als Gegenleistung für empfangene Unterstüftung grundsätzlich ab. Solange aber die gesetzliche Verpflichtung der Pflicht- und Notstandsarbeit besteht, haben die Bundesvorstände darauf hinzuwirken, daß bei solchen Arbeiten das System der tariflichen Entlohnung eingeführt wird.“

### Verschärfter Kampf im Speditionsgewerbe.

In einer überfüllten Versammlung in Boekers Festsälen nahmen die Arbeiter des Berliner Speditionsgewerbes gestern Abend Stellung zur Streikfrage.

Büschel ging in seinen Ausführungen noch einmal auf die Entstehung des Streiks ein, der infolge der Verschleppungstaktik der Unternehmer ausgebrochen ist. Da die Unternehmer auch jetzt noch jede Verhandlung zur Beilegung des Streiks hintertreiben, müsse der Kampf bis zu einem siegreichen Ende geführt werden.

Dr. Mann, Vorsitzender der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Verkehrsverbundes, wies die Behauptung der Spediteure zurück, daß sie zur Bewilligung der berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer bereit gewesen seien. Von der Organisation sei alles getan worden, um zu einer Beilegung des Konfliktes zu gelangen. Die Unternehmer haben aber jede Bereitwilligkeit vermissen lassen. Die Arbeitnehmer könnten es nicht verstehen, daß die Aufsichtsbehörde in diesem die Allgemeinheit bedrohenden Streik nicht gegen die Unternehmer eingreife. Man neige vielmehr zu der Ansicht, daß anders verfahren würde, wenn die Arbeitnehmer eine gleiche Unnachgiebigkeit an den Tag legen würden. Der Redner hob besonders hervor, daß dieser Kampf, den die Unternehmer als einen Machtkampf gegen die Organisation führen, mit aller Jähigkeit von den organisierten Arbeitern weitergeführt wird. Jederzeit habe man die Hand zu Verhandlungen geboten. Einem Unternehmern aber, welches einen derartigen Herrenstanzpunkt einnimmt, müsse man geschlossen gegenüberstehen, um einen Erfolg zu erringen.

In der sehr ausgedehnten Diskussion kam allgemein die Erregung der Arbeiterschaft über das Verhalten der Unternehmer zum Ausdruck. Man dürfe sich auch durch die erfolgten Kündigungen nicht schrecken lassen. Nur bei restloser Wiedereinstellung und Bewilligung der Forderungen sei an eine Wiederaufnahme der Arbeit zu denken. Solange werde man sich durch keine Machinationen der Unternehmer von dem ausgezwungenen Kampf abbringen lassen. Mit einem Hoch auf die Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

### Reichskonferenz der Großschiffswerften.

Auf der 4. Reichskonferenz der Maschinisten und Heizer der Großschiffswerften am 29. September in Hamburg waren die Vertreter Bremen, Bremerhaven, Emden, Flensburg, Hamburg, Kiel, Rostock und Stettin vertreten. Den Zentralverband des Verbandes der Maschinisten und Heizer vertrat Balleng.

Schredinger-Hamburg referierte über den deutschen Schiffbau im Rahmen des Welt-Schiffbaues. An Hand einer erdrückenden Fülle von Karten- und Tabellenmaterial gab der Referent eine straff ausgelegte Darstellung der Lage des deutschen Schiffbaues. Ausgehend von der einzigen Vormachtstellung Englands im Welt-Schiffbau, übergehend zu den Versuchen Deutschlands, Schiff- und maschinenbautechnisch von England unabhängig zu werden, wurde dann zusammenfassend ein Bild der Gesamtentwicklung des deutschen Schiffbaues bis zum Beginn des großen Krieges gegeben, der Entwicklung, die in den Schiffen der Imperator-Klasse ihren vorläufigen Abschluß fand. Nach Schilderung des gewaltigen Einbruchs durch das Friedensdiktat in den Bestand der deutschen Handelsflotte, wurde die Lage des deutschen Schiffbaues in der Gegenwart und der nächsten Zukunft analytisch untersucht.

Anschließend an den Vortrag wurde die Lage der Maschinisten und Heizer auf den deutschen Großschiffswerften erörtert. Die Klagen betrafen hauptsächlich die Arbeitszeit, den Bereitschaftsdienst und die Entlohnung.

Aus der Diskussion ging klar hervor, daß überall da, wo die Werftarbeiter es verstanden, ihre Organisationskräfte zusammenzufassen, die allgemeinen Lohn- und Arbeitsverhältnisse gut sind. Alle Diskussionsredner betonten den erneuten ernstlichen Willen, für den Ausbau der auf den Werften zuständigen Organisationen zu sorgen.

In der Entschlüsselung wurden die fortgesetzten Bemühungen der Zentralwerkstoffkommission und der Verhandlungskommission, die Lage der Gesamtwerftarbeiterchaft zu verbessern, anerkannt. Diese Bemühungen sind mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weiter zu treiben.

„Angesichts der Tatsache, daß diese Bemühungen nur dann Erfolg haben können, wenn sie gestützt werden von dem einheitlichen Willen der Gesamtwerftarbeiterchaft; angesichts der weiteren Tatsache, daß die Lage der Gesamtwerftarbeiterchaft im allgemeinen und die der Maschinisten, Heizer und Berufskollegen im besonderen dringend und schnell der Besserung bedarf, fordert die Konferenz die Werftarbeiterchaft im allgemeinen und die Heizer und Maschinisten im besonderen auf, sich darauf zu besinnen, daß die Lage der Arbeiterschaft nur durch die Arbeiterschaft selbst gehoben werden kann. Die erste Voraussetzung hierzu ist die Geschlossenheit, die sich dokumentiert in der Beiseitestellung aller trennenden Momente und in der Stärkung und Festigung der frei-

gewerkschaftlichen Organisationen, insbesondere also des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer.“

Eine weitere Entschlüsselung wendet sich gegen das Verhalten der Mitglieder des Deutschen Werkmeisterverbandes während des letzten Kampfes der Werftarbeiter.

Als Beiratsmitglied brachte die Konferenz den Redner Schredinger in Vorlag.

### Die Not der Bergarbeiter.

Wie uns aus Bochum gedruckt wird, erlassen die vier Bergarbeiterverbände einen Aufruf, in dem es heißt:

Not und Elend lasten über die Bergarbeiterbevölkerung. Die Lebenshaltung der Bergarbeiterfamilien wird durch die sprunghafte Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt, durch die Verteuerung von Brot, Fleisch, Kartoffeln, Schmalz usw. immer tiefer gedrückt. Die Reichsregierung hat bereits vor einigen Wochen eine Verbilligungsaktion eingeleitet. Welche Wirkung hat sie gehabt? Statt einer Preisentlastung trat eine weitere Verteuerung der Lebenshaltungskosten ein. Dabei sind die Güterfrachten ermäßigt worden. Die Zollschranken bzw. die Zollabgaben sind fortgefallen. Auch die Umfassender wurde gekürzt. Mehrere Male wurden die Kohlenpreise herabgesetzt, und noch immer nicht macht sich eine Wirkung all dieser Maßnahmen auf dem Lebensmittelmarkt bemerkbar. Die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter müssen unter diesen Umständen als völlig ungenügend betrachtet werden. Infolge der immer schwieriger werdenden sozialen Lage lassen die Verbände der an den Tarifverträgen beteiligten Arbeitnehmerverbände zu dem Entschluß, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um noch ein weiteres Absinken des bisher schon zu geringen Reallohnes der Bergarbeiter gegenüber den Lebenshaltungskosten zu verhindern. Nach eingehender Würdigung aller in Betracht kommenden wirtschaftspolitischen Momente kamen jedoch die Organisationsleitungen einstimmig zu dem Beschluß, in der Lohnfrage für diesen Monat die bisher eingenommene abweichende Haltung nicht aufzugeben. Ein offensives Vorgehen der Arbeitnehmerverbände in dieser Stunde könnte sich angesichts der noch nicht geklärten Lage auf dem Wirtschaftsmarkt, insbesondere in der Bergbaubranche, als eine verheerende Maßnahme erweisen, die bei ihrem Mißlingen den Bergarbeitern Opfer auferlegen würde, welche für einen besseren und aussichtsreicheren Zeitpunkt bereitgehalten werden müssen.

Sollten sich aber im Laufe des Monats Oktober keine wesentlichen Preisentlastungen bemerkbar machen, so werden die Arbeitnehmerverbände eine entsprechende Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter fordern. Um dem Bergarbeiterstand, den Bergarbeiterfamilien, menschenwürdige Existenzbedingungen zu verschaffen, werden sich die Verbände mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Löhne der Bergarbeiter der Teuerung angepaßt werden.

Der Aufruf wendet sich zum Schluß an die Bergarbeiter, sich zusammenzuschließen und zur Erlämpfung einer besseren Existenz die volle Kampfkraft wiederherzustellen.

### Tarifverhandlungen für die Chauffeure.

In nächster Zeit und zwar am den 10. Oktober herum soll über den Neuabschluß eines Tarifvertrages mit der Provinzialverwaltung Brandenburg, den Arbeitgeberverbänden der Landkreise in den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt/Ober verhandelt werden. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Paul Strunk, Frankfurt/Ober, Wabergasse 2), bittet die Chauffeure dies zu beachten und eventuell Anträge zu diesen Verhandlungen ihm umgehend zu übermitteln.

Zum Streik bei der Firma Gebrüder Kroner. Wie wir vor einigen Tagen mitgeteilt haben, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gebr. Kroner wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Da die Firma nach außen hin erklärt, daß sie Tariflohn zahlt und daß der Streik ein wilder Streik ist, erklären wir, daß seit dem 20. Mai ein Tarifvertrag nicht mehr besteht. Der Streik bei der Firma Gebr. Kroner wird mit Zustimmung unseres Verbandes geführt. Wir kommen auf diese Angelegenheit in den nächsten Tagen noch einmal zurück und eruchen nochmals alle Arbeiterinnen und Arbeiter, Solidarität zu üben sowie auf keine Verprechungen einzugehen. Weitere Auskunft im Verband der Fabrikarbeiter.

SOB. Musikinstrumentenarbeiter! Versammlung am Sonntag vormittag 9½ Uhr im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Der Verbandsrat.

Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Kautzler. Heutz, Freitag, abend 6½ Uhr im Saalbau Friedrichshagen, Am Friedrichshagen 16-20, große öffentliche Eisenbahnerversammlung. Referent Kollege Frenne (1. Vorsitzender der R.-G.): 1. Wie sieht unser neuer Arbeitgeber aus, und was haben wir von ihm zu erwarten? 2. Wer führt uns in Zukunft die Besätze und die ermordeten Beamten? 3. Trite Ansprache.

Achtung, Kameraden! Allen Vertrauensleuten und Betriebsräten unseres Verbandes wird es zur Pflicht gemacht, auf allen Arbeitstätten dafür zu agitieren, daß alle Mitglieder in die am Sonnabend, den 4. oder Sonntag, den 5. Oktober, in allen Bezirken stattfindenden Betriebsversammlungen erscheinen. Kameraden, nachdem nunmehr auch unser Verband wieder an den Lohnverhandlungen teilgenommen hat, wird in den Bezirken zum Lohnschluß Stellung genommen werden. Der Bezirk 20, Reuthaus, trat nicht am Montag, sondern am Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 9 Uhr, bei Rossum, Ost-Ende, Sauerstraße. Die Funktionärskonferenz findet heute, Freitag, abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Verantwortlich für Politik: Genk Reuter; Wirtschaft: Victor Schulz; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwörter: Dr. John Schönlank; Lokales und Sonstiges: Wido Böhm; Anzeigen: H. Glöck; Jantich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen.

# Ratsweinkeller-Schöneberg

im neuen Schöneberger Rathaus

Rudolf Wildeplatz, Untergrundbahn Stadtpark

Inhaber:  
Franz Grosche

Bisher langjähriger  
Direktor d. Restaurants  
„Zum Heideberger“ im  
Central-Hotel, Berlin.

Nach erfolgter  
Abernahme  
Wiedereröffnung  
am Sonnabend, dem 4. Oktober, abends 6 Uhr

REGIE-WEINE  
zu festgesetzten Preisen  
der Stadtkellerei

Verkauf außer dem Hause nach besonderer Preisliste

Gute Küche / Täglich Künstler-Konzert  
Pilsener Urquell und Spatenbräu

Jetzt während des ganzen Tages geöffnet!

Fernsprecher: Stephan 888

Ratsstuben / Prunkräume  
Dejeuners / Dinners / Soupers / Sämtliche Delikatessen der Saison

# Soziale Aufgaben der Stadt.

## Untergrundbahnhof Hermannstraße als Kreuzungsbahnhof beschlossen.

In der Berliner Stadtparordnetenversammlung ist eine Erörterung über die Fürsorge für Unbemittelte und Erwerbslose nicht möglich, ohne daß die Kommunisten daraus eine lärmende Kundgebung machen. Als gestern über eine ganze Gruppe von Fragen dieser Art verhandelt wurde, begründeten die Kommunisten ihre Anträge unter der üblichen Schimpferei auf die Sozialdemokratie, zur hämischen Freude der Bürgerlichen. Die sachlich wertvollen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner, des Genossen Reuter und der Genossin Todenhagen, die den die Wiederaufnahme der zurückgestellten sozialen Aufgaben der Stadt fordernden Antrag unserer Fraktion begründeten, waren den kommunistischen Maulhelden offenbar unbequem. Das merkte man an dem verdoppelten Geschimpfe, mit dem sie den Eindruck dieser Reden in ihren Erwidrerungen abzuschwächen suchten. Um nochmals schimpfen zu können, toten sie, wie wenn sie nicht wüßten, daß die Ueberweisung der Anträge an einen Ausschuß durch die Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Alles war bei ihnen darauf angelegt, auf die Tribüne zu wirken. — Im ersten Teil der Sitzung wurde über den Untergrundbahnhof Hermannstraße beschlossen. Die Vorzüge eines Gemeinschaftsbahnhofes eines Genossen Harnisch nach, aber die Bürgerlichen wollen von einer solchen, den Verkehr erleichternden Bahnhofsanlage nichts wissen. Mit ihrer Mehrheit setzten sie den Kreuzungsbahnhof durch.

Union 92\* von der A.B.M. für Angestellte zu gewährendes Darlehen von 10 000 M.

Hierauf kam die Vorlage wegen

### Gestaltung des Untergrundbahnhofes Hermannstraße

zur zweiten Beratung. Der Ausschuß hat sich in seiner Mehrheit für den Kreuzungsbahnhof entschieden und den Gemeinschaftsbahnhof abgelehnt. Von unseren Genossen ist beantragt, die Anlage des Gemeinschaftsbahnhofes auszuführen. In der Erörterung legte sich Dr. Harnisch von der D.Sch. Sp. mit größter Lebhaftigkeit für den Kreuzungsbahnhof ins Zeug, der billiger sei als ein Gemeinschaftsbahnhof sich stellen würde, und der einen Ein-Minuten-Verkehr ermöglichen würde. Stadtbaurat Hahn verwahrte sich dem Redner gegenüber dagegen, daß er sich dem Projekt gegenüber mit sich selbst in Widerspruch gesetzt habe. Er habe das frühere Gemeinschaftsbahnhofprojekt bekräftigt, weil man der Trasse eine andere Gestalt gab, die einen großen Umweg und somit Verlängerung der Fahrzeit und größere Kosten involvierte. Gen. Harnisch führte aus: Beide Entwürfe erkennt die Aufsichtsbehörde als brauchbar an; für beide ist die Genehmigung zugesichert. Im übrigen steht Meinung gegen Meinung. Die Techniker, auch die Anhänger des Kreuzungsbahnhofes, erklären, daß

### die ideale Anlage der Gemeinschaftsbahnhof

sei. Ist dem so, dann handelt es sich nur noch um die Frage der Kosten und der Betriebsicherheit. In der Magistratsbegründung finden sich effektiv fast nur Argumente für den Gemeinschaftsbahnhof. Der 1915 zwischen Neufeld und Berlin geschlossene Vertrag sah ausdrücklich einen Gemeinschaftsbahnhof vor. Die Frage sollte doch wirklich jedes Parteimitglieds ausschließen. Die Freunde des Kreuzungsbahnhofes werden anscheinend auch dadurch zu ihrer Haltung bestimmt, daß es dann möglich werden würde, beide Linien, die Nord-Süd- und die AEG-Bahn, völlig getrennt zu führen und so auch die Tarifgemeinschaft auszuschließen. Damit wäre aber bloß eine Erleichterung und Vertiefung des Verkehrs gegeben. Ein Gemeinschaftsbahnhof macht naturgemäß ein getrenntes Tarifwesen unmöglich. Es scheint daher, daß auch hier

### privalkapitalistische Interessen

mitspielen (Widerpruch rechts), dazu bieten wir die Hand nicht. Wir halten es auch für ein Unrecht, den Fahrgästen, auch den Kindern, den alten und kranken Personen und den Kriegesbeschädigten, das Passieren von 50 bis 60 Stufen zumuten. Wir blühen auf das abschreckende Beispiel des Bahnhofes Stralau-Kummelsburg und stimmen für den Gemeinschaftsbahnhof, selbst auf die Gefahr hin, daß die Betriebskosten sich etwas teurer stellen.

In der weiteren Aussprache trat Dr. Michaelis (Dem.) für den Kreuzungsbahnhof als das kleinere Übel ein, während Gabel (Komm.) für den Gemeinschaftsbahnhof plädierte und Dr. Steinger (Dnall.) dem Magistratsvorschlag zustimmte, aber „mit der Maßgabe, daß eine laufende Treppe zu allgemeiner Benutzung hergestellt wird“.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages unserer Genossen mit 91 gegen 75 Stimmen und die Annahme der Vorlage mit dem Steingerischen Zusatz.

Der Ausbau der V. Oberrealschule in Alt-Berlin wurde beschlossen. In gemeinsamer Beratung erörterte die Versammlung hierauf die Anträge der Kommunisten, die im Interesse der Erwerbslosen eingebracht sind, und den Antrag unserer Genossen, daß

### die Wiederentnahme der zurückgestellten sozialen Aufgaben der Stadt

verlangt. Der erste der komm. Anträge datiert schon vom 24. Juni 1924. Die Vertretung der komm. Anträge, welche 1. die Gewährung von Darlehen an Erwerbslose und Einlagen der Landesversicherungsanstalt bei der Girokasse der Stadt Berlin, 2. Maßnahmen im Interesse der Erwerbslosen, 3. Schutz der Erwerbslosen gegen Aufhebung des Mietverhältnisses, 4. die Unterstützung der Rentempfänger verlangen, übernahm Gehlmann, der es natürlich auch an den üblichen Ausfällen gegen die SPD. nicht fehlen ließ.

Gen. Reuter: Eine Reihe äußerer Erscheinungen läßt die Auf-

fassung begeistert werden, die sich hier und da, auch in unseren Kreisen, geltend macht, als ob die Gemeinden schon wieder im Geide schwimmen. Um in dieser Hinsicht klar zu sehen, und um zu erkennen, ob und wie weit im Sinne unseres Antrags Mittel vorhanden sind, bedürfen wir einer genauen Kenntnis der derzeitigen Finanzlage; die bisher damit getriebene Beheimlichung muß aufhören. Angesichts der ungeheuren Opfer, die uns die Inflation auferlegt, ist gewiß Sparsamkeit geboten, diese darf aber nicht so verstanden werden, daß es einfach bei der dritten Steuernotverordnung verbleibt. Für die Besserung des Wohnungswesens muß unbedingt mehr als bisher geschehen. Die Finanzierung der städtischen Werke und des Straßenbahnwesens darf fernerhin bis bisher lediglich nicht auf Kosten der Arbeiter betrieben werden, die hier bestehenden sozialen Pflichten der Stadt muß man endlich einlösen. Gewiß ist die Geldlosigkeit zum Teil bloß augenblicklich; aber Berlin ist auch als Groß-Berlin immerhin viel günstiger daran als jede andere Großstadt, und es wird, mag auch der Finanzausgleich ausfallen wie er will, auch sozial mehr zu leisten imstande sein.

Genossin Todenhagen: Nicht alle im Augenblick brennenden Sozialfragen dürfen von dem Ergebnis der Prüfung der Finanzlage abhängig gemacht werden. Dazu gehört vor allem

### die Erhöhung der Unterstützungen,

die in einem Maße haben abgebaut werden müssen, daß ihre jetzige Höhe auch nicht den allerbescheidensten Ansprüchen genügt. Der Ausschuß, an den der Antrag gehen muß, möge schnell arbeiten, denn schnelle Hilfe tut bitter not.

Von Gabel (Komm.) wurde Aussetzung der Verhandlung beantragt, bis der Magistrat wieder anwesend sei. (Am Magistratsrat waren nur Bürgermeister Scholz und Stadträtin West zu gegen; unmittelbar nach der Verkündung des Antrages erschien Oberbürgermeister Böck. Die Verhandlung wurde fortgesetzt.)

Im großem Aufgebot von Stimmgeldern und kräftig von der Zuhörertribüne unterstützt führte das neue Mitglied der Versammlung, Frau Frieda Kolenhal (Komm.), unter wachsendem Gejohle auf der Rechten den Kampf für die kommunistische Forderung, daß jeder Erwerbslose mindestens das Existenzminimum als Unterstützung erhalten müsse. Stürmischer Beifall ihrer Fraktionsgenossen und Beifallsklatschen und -getrappel folgte ihrem ersten Auftreten. Vorsteher Genosse Hoff sah sich veranlaßt, die Tribüne zu verlassen, sich ruhig zu verhalten.

Benbow von der Wirtschaftspartei sticht einen Protest gegen die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ein. Ostrowski (Komm.) protestierte gegen jede Ausschlußberatung und Verschleppung, die Anträge seien vier Monate alt, und die Antragsteller verlangten sofort die Annahme. Es sei die zwölfte Stunde, und Rot kennt kein Gebot. Oberbürgermeister Böck klat die geringe Bekämpfung der Magistratsbank dahin auf, daß der Bürgermeister mit den Fraktionen vereinbart habe, daß die sämtlichen Anträge im Hauptauschuß vorbereitet werden sollen. Im übrigen habe weder er noch der Kammerer irgendeiner Unternehmerratsanstellung Anweisungen auf die Girokasse der Stadt gegeben. Richard Kunze (D.Sch.) wendete über den unerhörten Zinswucher der Banken und Großkapitalisten, gegen den der Hauptangriff gerichtet werden müsse. Für die Anträge wird er stimmen, damit die Sache endlich in Fluß komme. Müller-Frauen (Wirtschaftsp.) glaubte feststellen zu können, daß der Aufruf dreier Kommunisten entgegen der Beweis, daß den Kommunisten, die auf sofortige Ablehnung ihrer Anträge spekulierten, das Konzept verdorben sei, oder daß sie sich der Tribüne besonders empfohlen wollten. (Stürmische Manifestationen auf der Tribüne; Vorsteher-Stelle, Reimann droht die Räumung an.) Gabel (Komm.) bezieht sich auf Stadtrat Brühl als Zeugen dafür, daß im Juni die Girokasse dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie 4 Millionen Mark zu sehr niedrigem Zinsfuß angeboten habe. Der Oberbürgermeister entgegnete, daß das ganz selbständig datschende Landesarbeitsamt seinerzeit Gelder an die Girokasse gegeben hat mit der Anweisung, sie an die Industrie weiterzugeben, sofern dadurch Arbeiterentlassungen vermieden werden. Darin liege nichts, was vom Arbeiterstandpunkt anstößig erscheinen könnte.

Mit großer Mehrheit überwies die Versammlung sämtliche Anträge dem Hauptauschuß. — Schluß 9 Uhr.

Berlin soll heller werden. Der Magistrat Berlin hat beschlossen, die öffentliche Straßenbeleuchtung um weitere 9 Proz. zu verbessern, nachdem sie schon in letzter Zeit in verschiedenen Bezirken bis zu 16 Proz. verbessert worden ist und in einzelnen Stadtteilen bereits den Friedensstand erreicht hat.

## Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

„Warum hast du da so gelegen, Mutter?“ fragte er, während er ihre langen Beine ins Bett hineinschob und die Bettdecke um sie feststopfte.

„Ach, ich habe gehört, daß du draußen warst und Geräusch machte; da wollt' ich dich hereinlassen. Ich dachte nicht daran, daß die Tür offen war.“

„Ja, ich meine, geht es dir sehr schlecht?“

„Ach, ich hab' bloß Prügel gekriegt, sonst nichts,“ erwiderte sie und lächelte bitter.

„Vom Vater?“ fragte er. Er hatte nie richtig begriffen, warum der Vater nicht wieder schlug.

„Nein, mein Freund, wir sind zwar Schweine, aber wir wählen doch nicht.“

Thorvald hatte das Bedürfnis, der Mutter etwas Gutes anzutun, und beschäftigte sich um sie, auf mehr gut gemeinte als nützliche Art, indem er sich die Behandlungsweise, die Lars seiner kleinen Schwester gegenüber angewandt hatte, zur Richtschnur nahm.

„Liegst du gut so, Mutter?“

„Ja, mein Junge.“

„Sind keine Knoten unter dir?“

„Knoten? Nein, ich liege wie im siebenten Himmel.“

„Soll ich dir etwas wärmen — ein bißchen Zuckerwasser?“

„Zuckerwasser? Bist du verrückt? Meinst du, ich wäre ein Säugling?“ Sie lachte und stöhnte dazwischen vor Schmerz.

Es kam ihm juft so vor, daß Weiber und Säuglinge so einigermassen den gleichen Geschmack hatten — wenigstens mit Bezug auf Flüssigkeiten. Aber er lachte mit.

Und während er das Zimmer wieder ein wenig in Ordnung brachte, erzählte ihm die Mutter von der Schlägerei:

„Du weißt doch, was die Leute auch über mich sagen mögen, ich bin nicht so wie Jonas Pauffens Alte, die um die Wette mit ihrem Mann Brantwein in sich hineinschüttet und wie ein richtiges Schlangengesäß mit ihm in den Kneipen herumliegt und Vars und das Kleine verkommen läßt. Dank du Gott dafür, wenn für nichts anderes. Als ich mir erst klar darüber geworden war, von welchem Kaliber dein Vater war, hab' ich mich verschoren, daß kein anderer Brantwein hier ins Haus kommen solle als der, den er in seinem Banst nach Hause schleppte — und da kommt das Ungeheuer von Viehknecht und hält mir eine ganze Flasche unter

die Nase. Aber du kannst mir's glauben, ich habe ihn gehörig verprügelt; er wird die Madam Frank nicht so bald vergessen.“

Der Gedanke an das verhaßte Getränk erregte sie aufs höchste, und sie schlug mit den flachen Händen aufs Bett und schrie: „Pfui, Brantwein! Zum Satan damit!“

Thorvald nickte beifällig. Auch er konnte nicht verstehen, daß jemand so ein Zeug trinken konnte, da es doch etwas gab, das Arret hieß.

„Da schlürfen sie's wie süße Milch und sind so schwammig, daß man sie auswringen kann wie ein Tuch. Um die Frauen kümmern sie sich nicht, sondern zwingen so einen armen Teufel, drum herumzugehen, wo man doch zu essen im Hause hat. Sie müßten in Spiritus gesetzt werden, das müßten sie, wie Gewürm! — Und schlottrig sind sie an den Beinen wie neugeborene Kälber.“

Und sie glauben nicht einmal, daß man ihnen etwas anmerken kann — Gott behüte: nein! — — —

Ich will dir was sagen, mein Junge, mit mir ist es so gewesen, daß ich wieder ausbrach, was ich gegessen hatte, bloß weil ich in einer Stube mit ihm schlafen mußte. Jetzt passiert mir das nicht mehr, denn jetzt bin ich abgehärtet; ich rieche es kaum noch. Aber diesmal hat' ich's nun doch gerochen, und ich sah, wie seine Quaddelchen leuchteten. Und da mußte das Großmaul von Viehknecht damit prahlen, daß er es wäre! Aber du kannst mir's glauben, ich hab' ihn ausgekopft, und es hätte noch mehr Hiebe gefehlt, wenn der Schuft mich nicht hingeworfen hätte.“

„Hat er dir ein Bein gestellt?“ fragte Thorvald gekränkt. Er verfolgte alles, was die Schlächt betraf, mit großem Interesse.

„Nein, denn ich hab' seine beiden Enden zusammengebogen und seinen Kopf zwischen den Beinen gehalten, während ich ihn verwichste. Aber da richtete er sich mit mir auf.“

„Das kam daher, weil du so lang bist,“ sagte Thorvald lachend. „Du hättest ein wenig in den Knien einsinken sollen, dann hätte er sich nicht aufrichten können.“

„Es mag schon sein, daß du recht hast,“ erwiderte die Frau nachdenklich.

Beide grübelten, sie über die strategische Belagerung, die sie erhalten hatte, er darüber, ob es nicht dumm von ihm war, sie ihr zu erteilen.

„Wo ist Vater?“

„Danach braucht man gerade zu fragen! Bei dem ist wohl ein Irrtum unmöglich.“

„Er hat im Wald eine komische Rede gehalten und ge-

sagt, es lägen zweiundzwanzig reine Jungfrauen drüben in den kleinen Tannen und schliefen.“

„Ach herrgott, schwächt er nun wieder von seinen reinen Jungfrauen? Das hat er in alten Zeiten immer getan, wenn er kanonenbetrunken war und ins Blaue hinein faselte. Da nannte er mich wahrhaftig eine reine Jungfrau und fleunte und behauptete, er besudle mich. Und ich war ja dumm genug, es mir zu Herzen zu nehmen und mich gekränkt zu fühlen, bis ich klug daraus wurde, daß es gar keine Stachelreden sein sollten, sondern daß er es wirklich meinte. — Zweiundzwanzig reine Jungfrauen — hä! Der Tropf, er ist ja noch nicht einmal ein Mann! Ach, Gott helfe uns, zweiundzwanzig! Ja, den Mund vollnehmen, das kann er, aber zu was anderem taugt er auch nicht. Du kannst ihm ruhig einen schönen Gruß bestellen und ihm sagen, das hätte ich gesagt.“

„Der Schuhmann hat ihn abgeführt.“

„Hm.“

„Der dicke Mads hat gesagt, es sei das richtige Delirium.“

„Ja, das fette Schwein kennt wohl seine Pappenheimer am Gang.“ Madam Franks Laune hatte sich wieder verschlechtert, während sie von ihrem Mann sprach.

„Ist er überhaupt nicht zu Hause gewesen?“

„Doch, er hat sich hereingeschlichen, während ich schlief, und mir die Hälfte von meinem Geld gestohlen, der diebische Bursche! Eine ganze Krone hat er mir geraubt, obendrein in Silber; zum Glück war der Rest Kupfergeld, und das ist für so einen Herrn zu gewöhnlich; sonst hätt' es morgen gut für uns ausgefallen. Ich dachte übrigens, der Teufel wäre in ihn gefahren und hätte einen ehrlichen Menschen aus ihm gemacht, als er mir neulich das Geld für die Weste ganz von selber brachte. Aber es hat nie was Gutes zu bedeuten, wenn der Satan zur Kirche geht.“

„Die Weste liegt drüben beim Trödler im Schaufenster zum Verkauf. Es steht eine Krone fünfundsiebzig dran.“

„So ein Biest, der Ole Andersen! Beht er hin und gibt die gute Weste weg, wo man eben die viele Mühe damit gehabt hat, sie ihm für beinahe nichts in stand zu setzen. Aber das ist der verfluchte Alkohol, man hört nie von was anderem. Und was kann er wohl dafür gegriegt haben? — Gar nichts. Denn die Trödler sind genau so wie die Aerzte, sie leben vom Elend der anderen Leute.“

Thorvald ließ der Mutter ruhig Zeit zum Austoben, dann rief er:

„Ja, aber Ole Andersen fragte mich heut nachmittag draußen im Wald, ob die Weste bald fertig sei.“

(Fortsetzung folgt.)

## Klassenkampf und Abbau.

Am Mittwoch legte bis Mittwoch die Bezirksversammlung Berlin Mitte im Rathausaal. Nachdem die Ausschreibung von 2 Stadträten in den früheren Verhandlungen beschloffen war, ist es den Demokraten gelungen, die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien zu bestimmen, den weiteren Abbau des Arbeiterstadtrats Kühne (SPD.) zu fordern, um den in Wilmersdorf abgebauten bürgerlichen Stadtrat für die Stelle des durch Ueberfütterung ausgeschiedenen Stadtrats Rosenow vorzuschlagen zu können. Die Unterstützung der Kommunisten wurde mit dem Versprechen erkaufte, daß ihr Stadtrat von den bürgerlichen Parteien geschützt werden sollte. Auf wie lange, wird ja die nächste Zukunft zeigen. Bei den Demokraten hat es wegen dieser Schiebung offenbar scharfe Auseinandersetzungen gegeben, denn ihr Führer Werten verließ vor den Auseinandersetzungen in der Versammlung den Saal, um der Abstimmung zu entgehen.

In der SPD-Fraktion herrscht über diesen Vorstoß der Demokraten allerhöchste Empörung und Erbitterung. Genosse Böhm legte in der Versammlung die Rechtslage dar und wies nach, daß dem Sinn und Zweck der Abbauperordnung mit diesem Antrag durchaus entgegenwirkt wird. Eine Ersparnis trete gar nicht ein. Dann wandte sich Genosse Dr. Striemer gegen die bürgerliche Seite mit sehr ernsten und eindringlichen Ausführungen. Jeder Abbau, sagte er, ist unter den heutigen Verhältnissen ein sehr schwieriger Vorgang. Die außerordentliche Förderung der bürgerlichen Parteien könnte nur durch sehr schwerwiegende Gründe gerechtfertigt werden. Die aber fehlen. Das Wort Volksgemeinschaft hören wir täglich sehr laut von der rechten Seite. Ist sie ohne Arbeiterschaft denkbar? Auch die Abwehr des Klassenkampfes werde von dort gefordert. Bedeutet der Abbau des Arbeiterstadtrats Kühne aber etwas anderes als Klassenkampf? Diese Fragen stellte Striemer. Selbst wenn zugegeben wird, daß Kühne die schrittweise Bewandlung eines bürokratischen Beamten fehle, so bringe er, der Dezernent für Arbeitsnachweise, Erwerbslosenfürsorge usw. Kenntnisse der Seele und sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft mit, die jedem, selbst dem routinisierten Bürokraten fehlen. Kühne sei ja nur ein Kupferhammer, aber in seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit für die Stadt, als Gewerkschaftsführer und Führer der Arbeiterschaft in einem Kleinbetrieb habe Kühne sich als ganzer Mann bewährt. Dieser Abbau habe also eine grundsätzliche Bedeutung von schwerwiegenden Folgen für das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Bürgerium. Selbst die Arbeiter, die den bürgerlichen Parteien angehören, würden, wenn sie in diesem Saal wären, sicher über den Abbau dieses Arbeiterstadtrats empört sein aus dem instinktiven Empfinden heraus, daß hier gegen den Fortschritt der Nachkriegszeit Sturm gelassen wird. Dann sprach Genosse Brandel in die schärfere Tonart ein. Aus den Ausführungen des Führers der Rechten, Dr. Kunz, ergab sich sehr deutlich, daß Striemers Darlegungen dort nicht ohne tiefen Eindruck geblieben waren. Aber es war alles umsonst, der Ball, der Handel schimmerte Art, war eben abgeklappt. Das Geschäft soll gemacht werden ohne Rücksicht auf irgendwelche moralischen Bedenken. Nunmehr wird ja der Magistrat in dieser Angelegenheit weiter zu entscheiden haben.

Die Bezirksverordnetenversammlung Schöneberg hatte bereits am 26. März gegen die Stimmen der Sozialdemokratie beschlossen, zwei Mitglieder des Bezirksamtes abzubauen, und zwar den Stadtrat Genossen Rohs und den von der Deutschen Volkspartei zu den Wählischen Hünbergemauerer Stadtrat Gogger. Damals waren die Ausführungsbestimmungen zur Preussischen Abbauperordnung noch nicht erlassen. Wir warnen damals vor übereilten Abbaumaßnahmen und erjuden, die Entscheidung über die Personen so lange zurückzustellen, bis die preussischen Abbaubestimmungen erlassen seien. Die bürgerliche Mehrheit der Versammlung hatte es aber sehr eilig und sagte am 26. März den Abbaubefehl auch über die Personen. Nachdem durch den Magistrat die Anzahl der Personen bestimmt worden war, welche der einzelnen Bezirksamtsmitglieder abgebaut werden sollten, mußte die Bezirksversammlung sich nochmals mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Die Herren der neuen Fraktion, in der sich die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung zusammenschlossen hatten zu einer gemeinsamen Fraktion, waren durch diese erneute Aufzählung der Abbauperordnung in harte Bedrängnis geraten. In diesem Ausschuss, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, brachte der Bezirksverordnetenvorsteher allerlei juristische Bedenken vor, die letzten Endes darauf hinausliefen, daß sie inzwischen an dem Abbau der Personen eine Änderung vornehmen wollten. Anscheinend war bei den sonst so „friedlichen Brüdern“ eine kleine Unstimmigkeit entstanden über die Personen, die jetzt abgebaut werden sollten. Der Abbau des Genossen Rohs stand von vornherein aus, da die Herrschaften sich noch nicht einig waren über die Personen aus ihrem eigenen Lager. Jedenfalls sah die Ausschuss eine Entschädigung, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß man den Beschluß vom 26. März aufrecht erhalten wollte, daß ferner die Mehrheit des Ausschusses sich auf den Standpunkt stellte, daß drei Bezirksamtsmitglieder nicht abgebaut werden könnten und daß drittens beim Magistrat angefragt werden solle, weil die Abbauperordnung verschiedene Unstimmigkeiten nach Auffassung der Rechte des Ausschusses empfand, die erst durch den Magistrat aufgeführt werden sollten. In der letzten Bezirksversammlung gab der Bezirksverordnetenvorsteher Dr. Leufer als Berichterstatter den Bericht, und dem Stadtratsmitglied Dr. Kirchner blieb es vorbehalten, den Umfall der neuen Fraktion zu begründen. Trotz der Unstimmigkeit, mit der er sich dieser Aufgabe widmete, konnte er nicht verhindern, daß ein Mitglied der neuen Fraktion laut entschämerte und der Vorsteherstellvertreter, unser Genosse Erdmann, darauf aufmerksam machen mußte, daß die Bezirksverordnetenversammlung wohl nicht der geeignete Ort zum Schließen sei. Der Berichterstatter Dr. Kirchner brachte einen Abänderungsantrag ein, den Abbau der Personen so lange auszusetzen, bis die vom Magistrat geforderte Aufklärung eingegangen sei. Gegen diesen Antrag wandte sich mit aller Entschiedenheit unser Genosse Czerninski und der Demokrat Radowitz. Die Deutschnationalen beantragten nun, die Angelegenheit in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln. Die SPD-Fraktion wandte sich gegen diesen Antrag und beantragte namentliche Abstimmung. Mit einer Stimme Mehrheit wurde dieser Antrag abgelehnt. In nichtöffentlicher Sitzung begründete Genosse Czerninski unseren Standpunkt und verfechtete den Herrschaften der neuen Fraktion die notwendigen Hiebe. Zu einer Abstimmung kam es nicht, da die Linke der Versammlung betätigungsfähig machte.

### „Schanküberfluß“ oder Schankverlust?

Die Behauptung der Direktion des Café „Waterland“ in ihrer Entgegnung in Nr. 460 des „Vorwärts“ vom 30. September, daß der Kellner und Zapfer sofort entlassen worden seien und daß sie verurteilt haben sollen, 8 bis 10 Liter pro Heftlocher für sich zu verdienen, entspricht, so schreibt uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, nicht den Tatsachen. Die Entlassung des Kellners sowie auch des Zapfers ist nicht sofort, sondern erst nach Ablauf der Kündigungsfrist erfolgt. Grund für die Kündigung der zwei Angestellten war nicht, wie die Direktion behauptet, die beiden Angestellten hätten versucht, 8 bis 10 Liter pro Heftlocher für sich zu verdienen, sondern wie der Vertreter des Betriebes vor dem Gewerbeamt selbst angab, weil der Kellner einmal anstatt zwei Glas Bier nur eins markiert haben sollte und weil die Direktion vermutete, daß der Zapfer mit dem Kellner gemeinsame Sache gemacht habe. Die Bemerkung der Direktion, der Zapfer habe sich mit seiner sofortigen Entlassung abgefunden, ist gleichfalls nicht zutreffend. Der Zapfer konnte den Abgang nicht mehr beklagen, weil er die Frist verstreut hat. Die Behauptung

der Direktion, daß der Beschlag auf Vorschlag des Vorstehenden des Gewerbeamtes sich freiwillig zu einer Abfindung bereit erklärt habe, entspricht ebenfalls nicht der Wahrheit. Die besagte Firma ist vielmehr zur Zahlung einer Entschädigung von 50 M. verurteilt worden. Damit hat das Gewerbeamt befunden, daß die besagte Firma den Beweis für ihre Anschuldigungen nicht erbracht hat und die Entlassung der Angestellten zu Unrecht erfolgt ist. An übrigen beklagt die Direktion, wenn sie sagt, daß 1½ bis 2 Liter pro Heftlocher übrig blieben, unsere Feststellung, daß die Unternehmer ein Doppelspiel treiben, wenn sie vor den Prüfungsstellen behaupten, einen Schankverlust zu haben, während sie, wenn es sich darum handelt, einen mißliebigen Angestellten loszuwerden, das Gegenteil behaupten. Recht interessant wäre es, zu erfahren, ob der erzielte Schanküberfluß auch verstreut wird.

### Der Frauenmord in Friedrichshagen. Wo war die Ermordete am 13. September?

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zu dem Frauenmord in Friedrichshagen haben bis jetzt noch zu keinem direkten Ergebnis geführt, obwohl die grausame Ausführung der Tat viele Leute bewogen hat, ihre Aussagen bei der Mordkommission zu machen. Heute früh werden nun an allen Anschlagspunkten der Stadt Bekanntmachungen angebracht werden, in denen dem Publikum die für die kriminalistischen Ermittlungen wichtigsten Fragen vorgelegt werden.

Wie sich herausgestellt hat, ist die ermordete Frau Ulrich zwar vielfach als Wäscherin und Aufwärtlerin tätig gewesen, hat sich aber auch durch Freizeiten und als Hofhängerin ernährt. Nebenher hatte sie aber auch zahlreiche Herrenbekanntschaften. Auch ihr völlig fremden Männern scheint sie sich angeschlossen zu haben. Sie hat auch schon früher zum Teil im Freien, zum Teil im Asyl übernachtet. Als sie noch mit ihrem Mann zusammenlebte, hat sie im Hause Dycker Straße 10, später — allein — Marienburger Straße 31a gewohnt und sich bis 11. September in Weihenfer, Seebachstraße 96, aufgehalten. Die Nacht vom 11. zum 12. September hat sie bei einer Bekannten im Hause Stargarder Straße 73, die Nacht zum 13. September im Hause Greifenhagener Straße 13 verbracht. Sie hatte dort eine Wäsche und ist am 13. September, abends kurz vor 7 Uhr, mit dem Bemerkten fortgegangen, daß sie noch Strümpfe kaufen wolle. Ihre in einem braunen Karton verpackten Sachen hatte sie offenbar gleich nach ihrem Fortzuge aus dem Hause Seebachstraße 96 bei einem Zigarrenhändler in Weihenfer, Bistoriusstraße 11, zur Aufbewahrung gegeben. Am 19. September sollte sie wieder in das Haus Greifenhagener Straße 13 kommen, ist jedoch nicht erschienen. Dies ist um so auffälliger, als sie am 19. September, nachmittags gegen 5 Uhr, mit ihrem Jungen noch in der Schönhauser Allee — also in der Nähe jenes Hauses — gesehen worden ist. Ermordet aufgefunden wurde sie dann bekanntlich am Sonntag, den 21. September, zwischen 11 und 12 Uhr vormittags. Wo sie sich am 13. September abends von 7 Uhr ab aufgehalten hat, konnte bisher nicht festgestellt werden. Sie muß irgendwo ein Unterkommen gehabt haben, da sie am 19. September anders gekleidet war als am 13. abends. Als sie nach dem Tatort ging bzw. in jene Gegend kam, führte sie in Papier eingewickelt, Sachen ihres Jungen sowie eine Zweipfundhülle Zeta-Eispeisatz bei sich. Leute, bei denen sich in jener Zeit eine Frau mit einem Kinde aufgehalten hat, können sich vielleicht auf Grund dieser Angaben erinnern. Auf Angaben aus dem Publikum, die zur Aufklärung dienen können, ist eine Belohnung von 1000 Goldmark ausgelegt. Etwaige Mitteilungen werden von den Kriminalkommissaren Bernat und Wächter im Polizeipräsidium, Zimmer 105, entgegengenommen.

### Sozialistischer Sieg in einer Elternbeiratswahl.

Einen ersten Erfolg hatte die Liste „Schulauflösung“ bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Neuwahl an der 68. Gemeindeschule für Mädchen, Gipsstraße, eine der Hochburgen der „Christlich-Unionistischen“. Die Wahl vom 22. Juni war infolge Einspruchs der „Christlichen“ für ungültig erklärt worden. Die „Christlichen“ legten alle Hoffnung, erneut wieder die Mehrheit zu erhalten, auf die hier sehr rege arbeitende Kirchengemeinde. In letzter Stunde verteilten sie ein Flugblatt, in welchem sie sich besonders an die jüdischen Eltern wandten, die ihnen sonst stets ein Dorn im Auge sind. Aber alle ihre Arbeit war umsonst. Infolge sehr ruhiger Arbeit unserer Kandidaten, und auch der SAZ, war es uns möglich, von den zehn Eigen sechs zu erobern, so daß unsere Liste die Mehrheit hat. Was im Laufe der vier Jahre nicht möglich war, ist nun Tatsache geworden. Dieser ausgezeichnete Erfolg zeigt, was durch hingebende Arbeit geleistet werden kann.

### 1,15 M. für einen Kubikmeter Wasser.

Nachdem die kommunalen Betriebe den Wasserpreis herabgesetzt haben, ist es dringend an der Zeit, daß auch die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG. folgen und den gegenwärtig geltenden Tarif außer Kraft setzen, der für die kleinen Verbraucher ungünstig wirkt und unerträglich ist. Zu den bereits in „Vorwärts“ veröffentlichten Beispielen teilt uns ein Leser ein weiteres mit. In einem Einfamilienhaus (Siedlungshaus) wurden in den Monaten April bis Juni 12 Kubikmeter Wasser verbraucht, wofür entrichtet werden mußten: 30 Kubikmeter Mindestlohn ist 10,80 M., Wasserrente für das zweite Vierteljahr 3 M., zusammen 13,80 M. Dennoch kostet ein Kubikmeter Wasser 90 Pf. bzw. mit Wasserrente 1,15 M. Der Verbrauch in den übrigen Vierteljahren ist keineswegs höher als im zweiten Vierteljahr. Würden die Siedlungsbewohner in gleicher Weise auf anderen Gebieten belastet, dann kann der Siedlungsgebäude zu Grunde getragen werden. Eine Beschwerde wurde von den Charlottenburger Wasser- und Industriewerken mit zwei Seiten abgelesen, man brief sich auf den auf Grund eines Schiedsspruches vom 11. April 1924 erhobenen allgemeinen Tarif. So was darf sich ungekürzt ein privates Werk erlauben. Welch ein Hüllendarm würde in der bürgerlichen Presse entstehen, wenn ein kommunales Werk dergleichen tun würde?

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 3. Oktober.

Tagesschau, 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesschnellen. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktenvorbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorbörse (nur Montag bis Freitag). 12.35 Uhr nachm.: Uebermittlung des Zeitsignals. 1.08 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesschnellen. Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produkten- und Viehbörse; amtliche Devisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide eif. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise).

4.30-6.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 1. Flirtation. 2. Ouvertüre zu „Orpheus in der Unterwelt“. 3. Offenbach. 4. Bad'ner Mad'ln. 5. Walzer. 6. Komak. 7. Révère. 8. Leoncavallo. 9. Fantasia aus der Oper „Bohème“. 10. Puccini. 11. Piretette. 12. Pizzicato. 13. Ständchen. 14. Brass. 15. Alt-Wien. 16. Walzer. 17. Kramser. 18. Dur und Moll. 19. Potpourri. 20. Schreiner. 21. Ich hab' kein Geld! Du hast kein Geld! Er hat den Dales! Foxrott. 22. Confrey. Während der Pausen: „Rauschliche fürs Haus“. 7 Uhr abends: Wege zum Wissen: „Wo mein Wohnen Frieden fand“. Wagner und Bayreuth. 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe: „Deutsche Luftfahrt“, 3 Vorträge: Herr Ministerialrat Fisch: „Deutschland im internationalen Luftverkehr“. 8.30-10 Uhr abends: Aus beliebigen Operetten: Die Dollarprinzessin — Die lustige Witwe — Die geschiedene Frau — Ein Walzertraum. Mitwirkende: Elise Kochhan, Frieda Langendorf, Willi Weiß (Ein Kammerquintett). Dirigent: Kapellmeister Otto Uraak. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesschnellen, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportschnellen, Theatervorstellungen.

## Ein Landfriedensbruchprozess.

Kommunisten und Völkische während der Reichstagswahl.

Nach zweitägiger Verhandlung ging gestern der vor dem Großen Schöffengericht Schöneberg geführte Kommunistenprozess Schay und Genossen, in welchem 12 Angeklagte wegen der Ausschreitung vor den Wählern-Sälen angeklagt waren, zu Ende.

Während der letzten Wahlbewegung sollte im Wählern-Saal eine Wahlveranstaltung der Deutschvölkischen Freiheitspartei stattfinden. Die „Rote Fahne“ hatte ihren Lesern mitgeteilt, daß in der Veranstaltung Ludendorff sprechen werde. In dem Artikel war dann weiter ausgeführt worden, daß die Arbeiterschaft sich diese Provokation vor Ludendorff nicht gefallen lassen dürfe und zeigen müsse, daß in Berlin noch die Arbeiterschaft regiere. Infolge dieses Artikels hatten sich zahlreiche Kommunisten in dem Versammlungslokal und in den umliegenden Straßen und Plätzen eingefunden, und es kam zu Ausschreitungen, bei denen zahlreiche Personen, die zur Versammlung gehen wollten, schwer mißhandelt wurden. In dem vom Gericht gefällten Urteil wurde ausgesprochen, daß der Artikel zwar vorsichtig abgefaßt sei, daß der Verfasser oder noch früheren Vorkommnissen sich im klaren sein mußte, welche Gefahr gegen Personen und Sachen er damit heraufbeschwöre. Die Annahme der Anklage, daß diese Vorgänge auf eine einheitliche Zusammenrottung schließen lassen und daß sämtliche Teilnehmer an der Zusammenrottung sich dadurch schon als Teilnehmer an Landfriedensbruchs schuldig gemacht hätten, erschien dem Gericht „nahelegend“. Die Beweisaufnahme habe aber nicht mit Gewißheit ergeben, daß die Angeklagten schon von vornherein mit dieser Absicht ergeben hätten. Am schwersten belastet erschien der Angeklagte Gauger, der allein des schweren Landfriedensbruchs schuldig befunden wurde. Das Gericht hat ihm jedoch mildernde Umstände zugebilligt. Von den 12 Angeklagten kam das Gericht bei fünf zur Freisprechung. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 1½ Jahr bis zu 1 Monat verurteilt. Bei einigen Angeklagten war die Strafe bereits durch die Untersuchungsinstanz verbüßt.

### Personenstandsaufnahme 1924.

Die durch die Gemeindebehörde alljährlich vorzunehmende Personenstandsaufnahme erfolgt für das Gebiet der Stadt Berlin am 10. Oktober d. J. Gleichzeitig findet eine Aufnahme aller auf den Grundbüchern unterhaltenen Gewerbebetriebe, Bureau, Arbeitsstätten usw. statt. Die Personenstandsaufnahme und Wohnungszählung werden den Hausbesitzern oder ihren Vertretern vorher angekündigt. Die Abholung der ausgefüllten Listen erfolgt vom 18. Oktober ab. Da die Ausfüllung der Steuerlisten auf Grund der Angaben in den Wohnungszählungen erfolgt, liegt es im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen, daß sie die Listen gewissenhaft und leserlich ausfüllen. Die Pflicht zur Ausfüllung der Personenstands- und Wohnungszählungen beruht auf § 167 der Reichsabgabenordnung und kann durch Geldstrafen bis zu 5000 M. erzwungen werden.

### Republikanischer Tag in Bukow.

Am Sonntag, den 28. September, fand in Bukow (Märkische Schweiz) unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung ein republikanischer Tag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Anwesend waren außer den zahlreich erschienenen Berliner Kameraden, Delegationen einiger Ortsgruppen des Gauves Berlin-Brandenburg, u. a. in stattlicher Zahl die erst am Tage zuvor gegründete Ortsgruppe Rünchberg. Vor den auf dem Marktplatz aufmarschierten Kameraden sprach Kamerad Ritter namens der Gausleitung. Er vermahnte auf die Vorkämpfer Groß-Deutschlands, welche für und unter den Farben Schwarz-Rot-Gold kämpften und starben. Er ermahnte, im Sinne und Geiste dieser Vorkämpfer für eine wahre demokratische und großdeutsche Republik weiterzuarbeiten und warnte die Reaktion vor einer Wiederholung der Attentate auf Republikaner, die alsbald tatkräftige und rücksichtslose Maßnahmen des Reichsbanners auslösten würden. Nach einem dreifachen, begeistert aufgenommenen „Frei Heil“ auf die demokratische Deutsche Republik, erfolgte der Marsch durch die Stadt. Am Abend schloß sich ein gemütliches Beisammensein in den Stanzquartieren an. Den Beschluß bildete der Abmarsch zum Bahnhof unter dem Beiseit der Bukower Kameradschaft und reger Beteiligung der Bukower Einwohner.

Todessturz aus dem Fenster des Trodenbodens. Morgens um 10 Uhr in der neunten Stunde stürzte sich im Hause Reinholdsdorfer Straße 116 nach vorausgegangenem Streit zwischen Vater, Mutter und Tochter die dort wohnende im zweiten Stock wohnende Frau Fischer aus dem Fenster des Trodenbodens auf den Hof hinab. Ein sofort herbeigekommener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Abrechnung mit Geisler. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Eichwalde, veranstaltete am Sonntag, den 5. Oktober, vormittags 10 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung, die Stellung gegen die erbärmlichen Verleumdungen des Burtavorstehers der Vaterländischen Verbände, Geisler, nehmen wird. Treffpunkt für Eichwalde und auswärtige Kameraden um 9 Uhr im Restaurant Lindner, Bahnhofstraße.

Zu den Ausweisungen aus dem besetzten Gebiet. Nach Mitteilungen, die der deutschen Abordnung in Koblenz zugehen, scheinen in gewissen Fällen Zweifel zu bestehen, ob jemand noch ausgewiesen ist oder ob die Ausweisung zurückgenommen ist. Nachdem seitens der Rheinlandkommission erklärt worden ist, daß nur noch 39 Ausweisungen aus der Zeit des passiven Widerstandes in der französischen Zone des abgesetzten Gebietes, worüber zurzeit noch verhandelt wird, nicht zurückgenommen sind, ist es nötig, endgültig Klarheit über die Zweifelsfälle zu schaffen. Daher ersucht die deutsche Abordnung alle diejenigen, die annehmen, daß sie noch ausgewiesen sind, ihren Namen und die näheren Umstände, auf die sie ihre Annahme stützen, an die Anschrift der Deutschen Abordnung Koblenz, Castor Pfaffenstr. 26, mitzuteilen.

Rettet die Kinder! Helft den Alten! Mit diesem Ausruf werden in wenigen Tagen von den Betriebsarbeitsgemeinschaften der amtlichen und freien Wohlfahrtspflege Helfer der Berliner Nothilfe an allen Wohnungen vorzusprechen, um Spenden zur Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsarbeiten und zur Beschaffung von Nahrungsmitteln und Kohlen zu erbitten. Der Berliner Mieterbund bringt der Sammlung wärmstes Interesse entgegen; er hat in eindringlicher Weise seine Mitglieder gebeten, nach Kräften zu spenden. Zahlreiche Berliner Lichtspieltheater und die Funfstunde K.G. haben sich in uneigennützigster Weise in den Dienst der Sache gestellt. In verschiedenen Berliner Theatern haben sich wiederum die Künstler und Künstlerinnen bereit erklärt, während der Vorstellungen für die Berliner Nothilfe zu sammeln.

Die Kurze der Arbeitssamariter. Im jedermann Gelegenheiten zu geben, sein Können auch in der ersten Hilfe zu erweisen, veranlaßt der Bund auch in diesem Jahre durch seine Kolonnen wieder Kurse in der ersten Hilfe. Die Kurse umfassen 20 bis 24 Doppelstunden und stehen unter ärztlicher Leitung. Nach Beendigung findet eine Prüfung statt. Viele werden schon Gelegenheit gehabt haben, das Wirken der Arbeitssamariter zu beobachten. Gerade von der ersten notwendigen Hilfe hängt immer das Wohl und Wehe des Verletzten ab. Man braucht nur an die vielen Betriebsunfälle zu erinnern, Arbeiter, Angestellte, Frauen und Männer, sorgt dafür, daß gut ausgebildete Samariter zur Stelle sind. Diese Gewächse bietet der Arbeiter-Samariter-Bund durch seine Kolonne. Der Versuch des ersten Lehrenden ist frei. Bitte den Vereinskalendar zu verfolgen, wo die Kurse laufend mitgeteilt werden.



**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
12 U.: Sinfonie-Mittagskonzert  
7 1/2 U.: 1. Sinfonie-Konzert  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 U.: Gianni Schicchi  
Der Lelorkasten  
Schauspielhaus  
7 1/2 U.: Peer Gynt  
Schiller-Theater  
7 1/2 U.: Fuhrmann Henschel  
Volksbühne  
7 1/2 U.: Der tote Tag  
Deutsch. Theater  
7 1/2 U.: Michael Kramer  
Voranzeige!  
4. und 6. Oktober:  
Ballett-Abend  
Michael Mortkin  
Kammerspiele  
7 1/2 U.: Die tote Tante und andere Begebenheiten  
Theater i. d. Kleinen  
7.30 U.: Erich XIV.  
Komödienhaus  
8: Der unwiderstehlich. Kassian  
Berliner Theater  
7.30: Der süße Kavaller  
Th. a. Nollendorpl.  
7.30: Die Geliebte Sr. Hohelt mit Fritz Massary  
**SCALA**  
8 Uhr:  
Internat. Varieté  
Sonntag 3.30 zu halben Preis, das tolle Programm!  
Th. Admiralspalast  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
die große Revue  
"Noch und Noch"  
9. 2. Teil, in außerordentl. 3 1/2 u. 6 1/2 Uhr  
Central-Theater  
7 1/2 U.: Wissenswurm  
Deuts. Opernhaus  
6 Uhr: Tristan und Isolde  
Mus. Leit.: F. v. Waldpart  
Intimes Theater  
8: Liebeskonzert Tempo - Tempo!  
Metropol-Theater  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
Gräfin Mariza  
Th. i. Kommand. Str.  
8: M. Globetrotter Stg. 3 1/2: Mähls v. Dam.  
Dramatisch. Theater  
Chausseest. 30/31  
Dir.: Wilh. Dieterle  
Uraufführung 7 Uhr  
Tolkening  
von Alfred Bruns  
Residenz-Th.  
Dir.: Fel. Meinhardt  
Täglich 8 Uhr:  
Der sensationelle Erfolg!  
Die vier Schlaumeier  
Kleines Th.  
Täglich 8 Uhr  
Ein idealer Gatte  
Komödi v. Osk. Wilde  
Tilla Durieux, Adele Sandrock, J. Falkenstein, Ferd. Bonn, Hansi Burg, Löffler

**Lessing-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Die große Revue:  
Wien gib acht!  
Üeb. 150 Mitwirkende  
Kasse den ganzen Tag geöffnet  
Deutsch. Künstlertheat.  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der Tanz um die Liebe  
Operette in 3 Akt.  
von Osk. Strauss  
Martha Serak  
Erikav. Theilmann  
Paul Graetz / Robert Nástberger  
Robert Scholz  
Hans Wassmann  
Georg Basselt  
Erich Walter  
Mus. Leit.: M. Roth  
Tänze: H. Lingen  
Bühn. Bild: E. Stern  
Lustspielhaus  
Tägl. 8 Uhr: Die Zwillingsschwester  
Lustso. v. L. Fulda  
Alle Darsch. / Joh. Nienzen  
Hans Jankmann  
Neues Operettenhaus  
Täglich 8 Uhr:  
K. Valente / Dal Karavisti  
in  
"Vorstadtheater"  
Barinka v. Jan. Janin  
Wallner-Theat.  
Tägl. 7 1/2 Uhr:  
Uriel Acosta

**Triumph-Palast**  
am Moritzplatz  
Allabendl. 7 1/2 U  
Sonntags 4 Uhr  
Das gute Varieté-Programm  
In der Diele  
An den Tanztagen:  
Der moderne Tanzbetrieb  
Täglich:  
Tanz-Vorführungen!

**Zielka**  
Friedrichstr. 60  
Ed. Leisinger  
Varieté-Kabarett  
Gr. Konzertsaal  
u. Margaretenaal  
Eröffnung der Wintersaison  
Oktober-Prgr.:  
Nachmittags 4 Uhr  
abends 7 1/2 Uhr  
Lucie Berber  
Paul Rochelli  
Werner Goldmann  
Leni Bowitz  
Ines Mesina  
Roma Barré  
Erna Mader  
Grete Sigrid  
Zmaldapawlowa  
Kurt Woldemar  
2 Kapellen:  
Wend. T. Hofmann

**Die 30 Stundenfahrt  
Ein Welt-Ereignis!**



**Im Zeppelin über den Atlantik**  
Der zweite Teil:  
**Die Probeflüge über Europa**

Der einzige Film, der während der ganzen Fahrt des Z. R. III am 25. und 26. 9. vom Flugschiff aufgenommen wurde, erscheint jetzt. Alle Welt hat das silbergraue Schiff der Lüfte gesehen, aber noch niemand, wie sich die Welt den kühnen Luftschiffern vom Z. R. III aus darbietet.

Der Film gelangt zur Vorführung ab Freitag, den 3. Oktober, im

- Ufa-Theater Kurfürstendamm
- Ufa-Theater Tauentzienpalast
- Ufa-Theater Kammerlichtspiele
- Ufa-Theater Friedrichstraße
- Ufa-Theater Alexanderplatz
- Ufa-Theater Weinbergsweg



Versäumen Sie nicht, sich diesen hochaktuellen Film anzusehen und beachten Sie, bitte, dass die weiteren Bekanntmachungen über die Vorführung der späteren Teile dieses Films in dieser Zeitung stets in der gleichen Form erfolgen werden.



Die Ufa hat die alleinige Monopolrechte für die Flugaufnahmen aus dem Zeppelin.

**7 1/2 Uhr Große Volksoper 7 1/2 Uhr  
Die Fledermaus**

**Komische Oper**  
Direktion: James Klein  
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr  
Die gewaltigste und größte Revue aller Zeiten:  
Das hat die Welt noch nicht gesch'n  
Schauspielhaus  
Leo Slezak  
über 250 Mitwirkende

**Circus Busch**  
Sonntag 2 x 3 + 7 1/2 Uhr  
2 x Todesstrahlen  
2 x Autorennen in der Luft  
2 x Spanische Kampfstiere  
Außerdem: Nachm. Erstaufführg. Märchenspiel „Dornröschen“ für die Manege bearbeitet.  
Abends: Wasserschaustück  
**Carmen**  
Gewaltige Wasserreife! Vorverk. Wertheim und Circus-Kassen  
Nachm. Erw. v. Kinder halbe Preise

**Reichshallen-Theat.**  
Abends 8 U. u. Stg. nachm. 3 Uhr  
Stettiner Sänger  
Neu: Mutter uff Reisen  
Nachm. halbe Pr. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302. u. 1303. u. 1304. u. 1305. u. 1306. u. 1307. u. 1308. u. 1309. u. 1310. u. 1311. u. 1312. u. 1313. u. 1314. u. 1315. u. 1316. u. 1317. u. 1318. u. 1319. u. 1320. u. 1321. u. 1322. u. 1323. u. 1324. u. 1325. u. 1326. u. 1327. u. 1328. u. 1329. u. 1330. u. 1331. u. 1332. u. 1333. u. 1334. u. 1335. u. 1336. u. 1337. u. 1338. u. 1339. u. 1340. u. 1341. u. 1342. u. 1343. u. 1344. u. 1345. u. 1346. u. 1347. u. 1348. u. 1349. u. 1350. u. 1351. u. 1352. u. 1353. u. 1354. u. 1355. u. 1356. u. 1357. u. 1358. u. 1359. u. 1360. u. 1361. u. 1362. u. 1363

Siedlung und Staat.

Landwirtschaftliche Fragen im Landtag.

Im Landtag wurde gestern, wie bereits kurz gemeldet, die zweite Beratung des Haushalts der Landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Bei der Siedlungsfrage verweist Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf auf die statistischen Ergebnisse der Siedlung. Was unter den wenig erfreulichen Umständen erreicht werden konnte, ist erreicht worden. Im laufenden Jahre sind die Aussichten für eine erhöhte Siedlungstätigkeit leider nur sehr gering, zum großen Teil ist das eine Folge der vorjährigen Inflationskrise. Das Reich hat keine Zuschüsse einstellen müssen und seine bisherigen Verpflichtungen auf die Länder abgewälzt. Den Siedlungsgesellschaften müssen, wenn wir weiter großzügig arbeiten wollen, Zinskontredite gewährt werden. Der Weg der Enteignung muß möglichst ganz ausgeschaltet werden. Dringend notwendig ist andererseits auch,

den Domänenbesitz des Staats wieder aufzufüllen,

nachdem ihm durch das Versailles Diktat und die Siedlungen eine große Bodenfläche verlorengegangen ist. Ebenso muß der Forstbesitz durch Aufforstung von Oedland usw. wieder gesteigert werden. Das wird große Mittel erfordern.

Abg. Dr. Höpfer-Aichhoff (Dem.) begründet den Antrag der Demokraten, wodurch unter gewissen Bedingungen ein Erbpächterrecht und die Möglichkeit, das Pachtland als Eigentum zu erwerben, denjenigen Pächtern eingeräumt wird, deren Familien länger als zwei Generationen das Land bewirtschaftet oder urbar gemacht haben.

Abg. Mübert (Dnat.) verlangt, daß den Siedlungsgesellschaften scharf auf die Finger gesehen werden sollen.

Abg. v. Papen (Zent.) tritt für Vereinfachung des Geschäftsganges bei der Siedlung ein.

Nachdem die Abgg. Bots (Dnat.), Kiskan (Komm.), Schmelzer (Z.), Pischke (D. Sp.) und Weisfemel (Dnat.) verschiedentlich Kritik an dem Siedlungswesen geübt hatten, erklärte

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, daß parteipolitische Gründe für seine Entscheidungen nicht in Frage kommen, daß vielmehr lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten gehandelt werde. Nur solches Oedland werde zur Siedlung vergeben, das sich zur forstlichen Bewirtschaftung nicht eignet. Er erklärte, es sei

die vornehmste Ehrenpflicht des Reiches wie des preussischen Staates, die Bevölkerung wieder sesshaft zu machen.

Die besten Absichten müßten aber an dem Mangel an Mitteln scheitern. Der Minister sagte bestmögliche Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens zu und versprach, den Beschwerden über die Siedlungsgesellschaften nachzugehen.

Damit ist der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erledigt. Die Abstimmungen finden am Freitag statt.

Stadt Wesermünde beschloffen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Vereinigung der Stadtgemeinden Behe und Geestmünde. Der Ausschuss hat der Vereinigung zugestimmt. Die neue Stadt soll Wesermünde heißen.

Abg. Vogt (Dnat.) behauptet, daß in den städtischen Parlamenten von Behe und Geestmünde von den gewählten Vertretern keine einzige Stimme für die Vereinigung abgegeben worden sei.

Nach weiterer Debatte wird die Vorlage in zweiter und dritter Beratung gegen die Deutschnationalen mit großer Mehrheit angenommen.

Das Haus verläßt sich.

Freitag 12 Uhr: Ministertum des Innern, Abstimmungen über den Landwirtschaftsetat.

Schluß nach 6 Uhr.

Weltkongress für Sozialpolitik.

Der 80jährige Hermann Greulich feiert die Auferstehung der Arbeiterklasse.

Prag, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag trat in Prag der Internationale Kongress für Sozialpolitik zusammen. Obgleich der Kongress an den letzten internationalen sozialpolitischen Kongress in Zürich 1897 und an den Pariser Kongress von 1900 an, auf dem die Internationale Assoziation für gesellschaftlichen Arbeiterschutz gegründet wurde, die nun in Gemeinschaft mit der Assoziation für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Prager Kongress einberufen hat. Auf dem Kongress sind eine Reihe hervorragender Wirtschafts- und Sozialpolitiker, darunter Prof. Brentano aus Deutschland, anwesend. Es werden auch Sozialisten von Namen und Ruf, wie der greise Genosse Hermann Greulich, Zürich, Dr. Karl Renner, deutschösterreichischer Staatskanzler a. D., Dubegeest, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, als Redner das Wort ergreifen.

Der Obmann des Vorbereitenden Kongressausschusses, Professor der Pariser Universität Boissard, begrüßt in französischer Sprache die Anwesenden und erklärte den Kongress für eröffnet, wobei er das Wort dem tschechischen Minister für soziale Fürsorge, Genossen Habrman, erteilte. Nach Verdolmetschung der Begrüßung des Ministers in die deutsche und englische Sprache ergriß abermals Professor Boissard das Wort. Er betonte, daß der Kongress Geist der tschechoslowakischen Republik ist, die bestrebt sei, der ganzen Welt als wahrhaft soziale Nation zu dienen. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik, Masaryk, könne sich mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand am Kongress nicht beteiligen, hat aber das Protektorat übernommen, wofür ihm der Kongress dankbar ist. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat sich telegraphisch aus Genf entschuldigt und wünscht dem Kongress bestes Gelingen.

Sodann wurde einstimmig zum Vorsitzenden Genosse Albert Thomas gewählt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Thomas werden einstimmig in den Vorstand gewählt: Professor Dr. Grube (Tschechoslowakei), Nationalrat Lachenal (Schweiz), Professor Frauser (Frankreich), Senator Loria (Italien), Prof. Spruy (Deutschland). Thomas erklärt in seiner Begrüßungsrede u. a.: Im Oktober 1922 haben wir in Genf erkannt, daß die Zeit der raschen Entwicklung der sozialpolitischen Einrichtungen vorüber ist. Wir haben erkannt, daß es notwendig ist, alle Kräfte der Welt zu sammeln, um den Geist der Zweifel zu bannen.

Anschließend daran sprach der Schweizer Nationalrat Genosse Greulich: Meine Kindheit liegt weit zurück. Man begann in der Schweiz erst mit dem Bau von Eisenbahnen, als ich geboren wurde. In meiner Jugendzeit arbeitete man noch 14 Stunden mit ganz kurzen Mittagspausen.

Vor mehr als 60 Jahren trat ich als Handwerker mit kümmerlicher Volksschulbildung in einen Arbeiterverband ein.

Mit den verschiedensten Schichten der Arbeiterklasse bin ich in enge Fühlung gekommen. Welch ungeheure Entwicklung der Wirtschaft habe ich erlebt, aber auch welch ungeahnte Entwicklung der Arbeiterklasse, eine wahre Auferstehung der Arbeiterklasse. Ich schäme mich glücklich, dabei noch Kräfte mitgewirkt zu haben und jede materielle Besserstellung durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Reallohnes oder andere Fortschritte hat ohne Ausnahme eine geistige und sittliche Hebung und eine Erhöhung der



Mißverständnis: „Warum stehen Sie nicht Schlange?“ — „Schlange? Der steht ja ganz vorn!“

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bewirkt. Gewiß, es ist nicht immer glatt gegangen, der Widerstand der Unternehmer hat auch unangenehme Bewegungen der Arbeiter hervorgerufen bis zum heutigen Tage. Aber es ist vorwärtsgewandert, es ist unbestreitbare Tatsache, daß die Arbeiterklasse in Folge ihrer Hebung allen Veränderungen der Produktionsrichtung folgen konnte. Die Entwicklung ist noch lange nicht am Ende, Gütererzeugung und Arbeiterkraft müssen noch viel höher kommen. Diesem Zweck soll die Sozialpolitik entsprechen. Erfahrung und wissenschaftliche Durchdringung haben in mir den Glauben erzeugt und gefestigt, daß die Entwicklung die Menschheit dazu führen wird,

über die materiellen Güter und insbesondere über den Geldsack die volle Herrschaft zu erobern.

Dann wird der Spruch wahr, der am 4. Juli 1776 in der Erklärung der Menschenrechte an die Spitze der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika gesetzt wurde. Es war mir vor 20 Jahren vergönnt, die ewig denkwürdige Freiheitshalle in Philadelphia zu besuchen, wo diese Urkunde beschlossen und unterzeichnet wurde. Ehrfurchtsvoll habe ich den Spruch gelesen, er lautet: „Das Ziel der Gesellschaft ist das allgemeine Glück!“

Als Greulich seine Ausführungen beendet hatte, bereitete ihm der Kongress eine lebhafteste Huldigung. — Es sprach sodann Dr. Grube (Tschechoslowakei) über die Entwicklung der sozialen Denkungsart in der Tschechoslowakei.

Internationale Geschichtstagung Probleme der Geschichtsbetrachtung.

Im Bürgeraal des neuen Rathauses in Berlin-Schöneberg begann am Donnerstagsvormittag um 9 Uhr die vom Bund entschiedener Schulreformer einberufene Internationale Geschichtstagung. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache von Paul Detsch, der die Tagung als vom Geiste Kants und Fichtes beherrscht hinführt, ergriß Paul Honigsheim-Köln das Wort zu einem Referat über:

Wesen und Gegenwartsaufgaben der Soziologie.

Die wichtigsten Gedanken seines Referats waren etwa folgende: Unserer Zeit fehlt vor lauter Begrifflichkeit und Wissenschaftlichkeit das Empfinden für Volkstum. Es bahnt sich heute schon wieder eine Reaktion dagegen an, die überhaupt keine Wissenschaft, also auch keine Wissenschaft der Geschichte mehr gelten lassen will. In der Tat fragt es sich, ob und welchen Sinn die Wissenschaft der menschlichen Gesellschaft, die Soziologie, hat. Wir befinden uns heute in einer Krise des europäischen Geistes, die in der Tiefe Europa oder Asien ihren Ausdruck findet. Nach einer tiefgründigen Darlegung der psychologischen Ursprünge wissenschaftlicher Forschung charakterisierte der Redner den Glaubenscharakter des Rationalismus und wies darauf hin, wie nach dem Sturz des Götzentums der Religion ein Götzentum der Technik an seine Stelle getreten sei. Die Folge des Götzsturzes der Technik sei heute eine weitere Stärkung von Zweifeln an jedem wissenschaftlichen Ergebnis. Sowohl das Individuum wie auch die Masse, die zwar undifferenziert, aber auch untrennbar ist, haben ihre Realität. Wir müssen den Gegensatz von Individuum und Masse dadurch aufheben, daß wir noch ein Drittes hinzufügen: die Gemeinschaft ohne Autoritätsabhängigkeit und Gebundenheit. Für die Wissenschaft ist eine Synthese von Religion und Naturwissenschaft erforderlich. Die Gesellschaftswissenschaft kann uns nur ein handwerkzeug bieten für künftige Menschheitsbasenstellung. Wir dürfen uns nicht unter eine Diktatur der Wissenschaft beugen. Eine wichtige Bedeutung gewinnt die Soziologie durch ihre Anwendung auf die Pädagogik. Man muß den Mut haben, Utopist zu sein, sich dabei aber zugleich an allen Auseinandersetzungen des Alltags zu beteiligen. Erst das ergibt Realpolitik im allerhöchsten Sinne. Jede Idee hat das tragische Schicksal, im Dogma und im Bürokratismus zu erstarren. Aber auch das ist menschheitsgeschichtlich notwendig, weil es immer einen Zustand geben muß, in dem es etwas zu reorganisieren gibt.

In einem weiteren Referat über:

Oekonomische Geschichtsbetrachtung

führte Genosse Paul Kampffmeyer folgendes aus: Ein ökonomisches Leben muß eine ökonomische Lebensauffassung und Ge-

schichtsbetrachtung nach sich ziehen. Bis heute ist Geschichte leider vielfach noch bloße Genealogie und dynastische Schlachtenbeschreibung geblieben. Aus dem Zusammenschluß der Nationen hat sich über die nationale Staatsidee die nationale Geschichtsschreibung entfaltet. Dann hat das Maschinenzeitalter neue Lebenskräfte entfaltet. Das erste Weltkollektivistische ökonomische Geschichtsbetrachtung ist die Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ von Friedrich Engels. Zwar haben wir schon ökonomische Geschichtsbetrachtung bei Julius Röber in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, jedoch geht sie noch von der Betrachtung des Einzelschicksals aus. Die Marx'sche Geschichtsauffassung will eine Lehre für den kommenden Befreiungskampf der arbeitenden Klassen sein. Darin allein beruht ihr sogenanntes materialistisches Moment, das nur den Gegensatz zur idealistischen bürgerlichen Geschichtsauffassung ausdrückt. Arbeit und Produktion sagt Marx immer nur gesellschaftlich auf. Die ökonomische Geschichtsauffassung ist nicht eine technologische, die alle Veränderungen in der menschlichen Gesellschaft auf Umgestaltungen der technischen Arbeitsmittel zurückführt. Der Kapitalismus führt nicht selten aus egoistischen Gründen Schwächen gegen den technischen Fortschritt auf. In den Produktivkräften geben sich zahllose moralische und geistige Energien aus und beeinflussen die politischen, juristischen und sozialen Institutionen. Die ökonomische Geschichtsbetrachtung wird Marx Lebensmacht und Machtmittel.

Diskussion.

Genosse Max Adler-Wien setzte sich als erster Diskussionsredner mit dem Referat von Honigsheim auseinander und betonte das kulturell-ethische Moment des Marxismus. Er erkennt den Wert des Utopismus, jedoch nur innerhalb der Grenzen der Gesellschaftswissenschaft. Ueberhaupt will er der Wissenschaft und der Soziologie einen größeren Wert als Honigsheim beimessen. Die Kultur der europäischen bürgerlichen Gesellschaft wird nicht durch Wissen überwunden, sondern durch die neue Gesellschaftsform, das Proletariat. Den Unwert der Naturwissenschaft erkennt auch Adler an. Auch Marx und Engels haben eine rein materialistische Weltanschauung abgelehnt. Der Klassenkampf ist ein faulst notwendiger Kampf für Recht und Vernunft. Die Erziehung darf nicht neutral sein, sondern sie muß die Tendenz zur kommenden Gesellschaftsform, zum Sozialismus, verfolgen. Es soll zwar keine Diktatur der Wissenschaft, wohl aber des wissenschaftlichen Denkens geben. In eine Reihe neben Kant und Fichte gehört auch Karl Marx.

Im Mittelpunkt der Beiträge des Nachmittags stand das Referat des Genossen Reinhard Streckler über:

Persönlichkeit und Masse.

Masse und Persönlichkeit sind kein Gegensatz, aber die Masse ist nicht die Summe aller Persönlichkeiten. Die Wechselwirkung von Masse und Persönlichkeit zeigt sich deutlich in der Massenpsychologie. Man versteht unter Masse gewöhnlich nur die Masse der Nichtintellektuellen, ohne zu bedenken, daß auch diese Masse ihre erfahrungsgemäß erprobten menschlichen Vorzüge hat. Sowohl der Einzelmensch wie auch die Masse dürfen nicht lediglich als Werkzeuge gebraucht werden. Die Masse braucht natürlich fährende Persönlichkeiten, wie jeder Mensch auf gewissen Gebieten der Führung bedarf, während er auf anderen Gebieten, und sei es auch nur in kleinem Kreise, selbst führend sein kann. Wo auch beim Führerproblem überschneiden sich die Begriffe Persönlichkeit und Masse. Heute können wir vielfach statt einer Führung des Volkes eine Verehrung des Volkes wahrnehmen. Sie erfolgt vor allem durch die kapitalistische Presse. Die Erziehungsmächte sind vielfach selbst schuld an einer Massenpsychologie. Die Masse ist viel leichter im Besühl als im Verstand zu treffen. Daraus geht die hohe Bedeutung der Kunst für weltgeschichtliches Erleben hervor. Für die große Aufopferungsfähigkeit der Masse müssen lohnende Ziele gefunden werden. Die Empfänglichkeit der Masse muß gefördert werden, und hier vor allem liegt die große sozial-ethische Bedeutung des Achttages. Vielfach wird heute von Reaktionen Fichte zitiert, die außer der Ueberchrist seiner Reden „an die deutsche Nation“ nichts von ihm kennen und nicht wissen, daß er Republikaner und Sozialist und damit Prophet einer neuen Zeit gewesen ist. Das Problem von Masse und Persönlichkeit ist das Problem der Führung. Wir müssen dort, wo wir selbst Persönlichkeit sind, um die Führung der Masse kämpfen.

# Rentenkampf der Kriegsoffer.

## Mangelndes Verständnis der Versorgungsbehörden.

Die Renten der Kriegsoffer sind nicht nur beschämend niedrig, regelmäßig ist auch noch erst um ihre Gewährung ein Kampf mit den Versorgungsbehörden durchzuführen, sei es wegen der Frage der Dienstbeschädigung, sei es wegen des Manges der Erwerbsminderung. Da spürt man bei den Versorgungsbehörden nicht selten völligen Mangel an sozialem Mitgefühl, ja ihr Kampf gegen Versorgungsansprüche nimmt mitunter groteske Formen an. So war einem alten Ehepaar in einer kleinen Stadt Mecklenburgs vom Versorgungsgericht der Anspruch auf die Elternrente zuerkannt worden. Das (inzwischen aufgelöste) Hauptversorgungsamt Altona legte gegen das Urteil beim Reichsversorgungsgericht Rekurs ein und begründete diesen u. a. wie folgt:

„Das Versorgungsgericht hätte auf Grund seiner Feststellung, daß der Sohn Paul „vermisst“ wird, zu einer Verurteilung nicht kommen dürfen, weil die erste Voraussetzung für die Gewährung der Elternrente die ist, daß derjenige, nach welchem die Elternrente gewährt werden soll, an den Folgen einer Dienstbeschädigung verstorben ist (§ 43 RVO.). Nach den Akten betreffend die Witwe ist der Sohn der Kläger in dessen auf Grund der §§ 13 ff. RVO. für tot erklärt worden.“

Das Verfahren über diesen Rekurs ist noch nicht abgeschlossen.

Ein Schuhmachergeselle hatte infolge Kriegsdienstbeschädigung ein Auge verloren und außerdem eine erhebliche Handverletzung erlitten, so daß ihm eine 60prozentige Rente gewährt werden mußte. Er erhob auch Anspruch auf Erteilung des Beamtenstatus, wurde aber vom Versorgungsamt Kostod abgewiesen mit der Begründung, er könne seinem Schuhmacherberuf noch „wettbewerbsfähig“ nachgehen. Vor dem Versorgungsgericht Schwerin, das der Verletzte im Klagewege anrief, marschierten auf Anordnung des Gerichts nicht weniger als drei Sachverständige auf, nämlich zwei Ärzte (ein Orthopäde, ein Augenarzt) und der Obermeister der Kostoder Schuhmachervereinigung. Sie sollten befinden, ob der Verletzte in seinem Schuhmacherberuf wohl noch „wettbewerbsfähig“ sei, was das Gericht trotz der festgestellten 60prozentigen Erwerbsbeschädigung nicht selbst zu beurteilen wagte. Nach etwa zweistündiger Verhandlung und Beratung wurde die Wettbewerbsfähigkeit verneint und der Anspruch auf den Beamtenstatus anerkannt.

Die Ärzte spielen bei den Rentenämpfen die Hauptrolle. Bei den Versorgungsbehörden haben die „Amis“, bei den Versorgungsgerichten die „Vertrauensärzte“ das Wort, wobei zu beachten ist, daß die Vertrauensärzte des Gerichts durchaus nicht immer die Vertrauensärzte der Kriegsoffer sind. Regelmäßig wird das Gutachten der Ärzte, wenn es auch durchaus nicht gerade überzeugend klingt, dem Urteilspruch grundlegend gemacht. Ein Beispiel:

Durch Urteil des Versorgungsgerichts Berlin war dem früheren Wirtschaftsebenen Sch. wegen Nervenbeschwerden, ausgelöst durch eine Lungenverwundung und bei Annahme einer zugrundeliegenden Minderwertigkeit des Nervensystems eine Rente von 20 Proz. zugesprochen worden. Dieses Urteil verurteilte sich mit der Zeit und Sch. verfiel schließlich dem Stupor (Stumpfsinn) und wurde völlig erwerbsunfähig. Die Nervenärzte in Gohlsheim wurden vom Versorgungsgericht Schwerin, nachdem das Versorgungsgericht jegliche Erhöhung der Rente abgelehnt hatte, ersucht, ein Gutachten darüber abzugeben, ob das durch die Lungenverwundung ausgelöste Nervenleiden sich verschlimmert habe. Das Gutachten mußte eine Verschlimmerung anerkennen, trat auch für eine Erhöhung der Rente auf 40 Proz. ein, kam aber dazu, den Stumpfsinn und damit die völlige Erwerbsunfähigkeit als nicht in ursächlichen Zusammenhang mit der Kriegsverwundung stehend anzusehen. Das Gutachten kam mit folgenden Redewendungen, rätiger Redewendungen, zu welchem für den gewöhnlichen Menschenverstand unschätzbaren Ergebnis:

„Es drängt sich der Verdacht auf, es könne... wenn auch... nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen... so doch mit ziemlicher Sicherheit... andererseits... wenn nur auch... wenn auch nicht...“

Dieses Gutachten machte das Versorgungsgericht Schwerin sich zu eigen und wies den Anspruch auf Vollrente ab, erkannte vielmehr nur auf eine Rente in Höhe von 40 Proz.

Vor dem Reichsversorgungsgericht schwebt zurzeit im Rekursverfahren eine Hinterbliebenenrentensache, in der das Versorgungsgericht, ebenfalls in Grundlage eines von den Gohlsheimer Anstaltsärzten erstatteten Gutachtens, die zum Tode führende Gehirnwasservergiftung eines nierenverletzten Kriegsschädigten nicht auf diese Nierenverletzung, sondern auf den Genuß „einiger Flaschen Lagerbier“ zurückführt. „Mit Sicherheit“ hatte auch hier das Gutachten nicht der ursächlichen Zusammenhang zwischen der Nierenverletzung und der zum Tode führenden Gehirnerkrankung auszuschließen gewagt.

Diese Beispiele genügen, um das traurige Kapitel des Rentenkampfes der Kriegsoffer zu illustrieren. Wie mit den Renten, so ist es auch mit den Zusatzrenten, welche den Schwerbeschädigten „im Falle des Bedürfnisses“ von den Fürsorgestellen zu gewährt sind. Hier gibt es überhaupt keinen Klageweg. Daß 80- und 90prozentigen Schwerbeschädigten die Zusatzrente vorenthalten oder entzogen wird, wenn sie nicht eine, wenn auch oft völlig ungeeignete Arbeitsstelle annehmen, ist nichts Seltenes. So erhielt erst kürzlich der 80prozentige Schwerbeschädigte (Altkrieger) Sch. in B. in Mecklenburg, der sich infolge Hüftverletzung nur schwer fortbewegen und Arbeiten im eigenen Lebenswagen überhaupt nicht verrichten kann, von der Fürsorgestelle des „Amis Kostod“ folgende Zuschrift:

Sie haben die Ihnen auf den umliegenden Gütern angebotene Arbeit abgelehnt. Die Zusatzrente steht Ihnen nicht mehr zu. Die Zahlung muß mit sofortiger Wirkung eingestellt werden.“

Nur dem Umstande, daß nach ein Verfahren Schwedie wegen Erhöhung der Rente hatte Sch. es zu verdanken, wenn die Anordnung der Zahlungseinstellung rückgängig gemacht wurde.

# Wirtschaft

## Internationaler Freihandelskongress.

Der deutsche Freihandelsbund (Frankfurt a. M.) teilt mit:

Vom 29. September bis 1. Oktober tagte in London der vom Ausschuss zur Förderung des allgemeinen Handels (Cobden-Klub) einberufene internationale Freihandelskongress, auf dem außer führenden englischen Freihändlern die Freihandelsorganisationen von Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, Schweden und den Vereinigten Staaten vertreten waren. Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete die gegenwärtige Wirtschaftslage im Zusammenhang mit den internationalen Zahlungsverpflichtungen. Der Kongress nahm nachstehende Entschliebung einstimmig an:

„Die Aufhebung der bestehenden Hemmungen, namentlich der Zölle, der Ein- und Ausfuhrverbote, der sogenannten Reparationsabgaben und der beschwerlichen und kostspieligen Paß- und Sichtvermerke ist Voraussetzung für jede Entwicklung des auswärtigen Handels, die notwendig ist, um die Zahlungsfähigkeit eines größeren Teiles der Welt zu erhalten und die Tilgung der ungeheuren internationalen Schulden zu ermöglichen, die zwischen allen Völkern, namentlich zwischen den Völkern Europas bestehen.“

Die Stellungnahme gegen Ein- und Ausfuhrverbote, Reparationsabgaben und Sichtvermerke erfolgte auf Antrag der deutschen Vertreter.

## Referenten = Zusammenkunft

Montag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, „Musterkammer“ (Parterre), Kaiser-Wilhelm-Str. 31

Vortrag:

Schulzölle / Steuern / Lastenverteilung. Referent: Dr. Paul Herx, Mitglied des Reichstags.

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Bezirksvorstand.

## Ausnießer der deutschen Währungsstabilisierung.

Durch die Stabilisierung der deutschen Währung ist die deutsche Volkswirtschaft wieder instand gesetzt worden, die notwendigen Einfuhren an Lebensmitteln und Rohstoffen, deren sie zur Versorgung des Volkes bedarf. Zeitweilig ging die Einfuhr sogar weit über den dringenden Bedarf hinaus. Die uns benachbarten Staaten haben aus dieser Entwicklung großen Nutzen gezogen. So schreibt das Bankhaus Proehl u. Gutmann, Amsterdam, in seinem Wirtschaftsbericht u. a.:

In sehr beträchtlichem Umfange ist Holland Ausnießer der Stabilisierung der deutschen Währung geworden. Prüft man das hierfür vorliegende Material, so kommt man zu geradezu erstaunlichen Ergebnissen, insbesondere wenn man das erste Halbjahr 1924 mit dem ersten Halbjahr 1923 vergleicht, wie dies nachstehend geschieht:

I. Semester	Hollands Einfuhr aus Deutschland	Hollands Ausfuhr nach Deutschland
1923	808 669 786 Gulden	86 349 742 Gulden
1924	241 088 757	75 415 478
1924	275 577 243	238 424 488

  

I. Semestr.	Gewicht in Tonnen	Wert in 1000 Mk.
Butter	1923 896	707
	1924 9 515	18 099
Käse	1923 2 020	1 860
	1924 15 143	18 214
Margarine	1923 1 278	744
	1924 9 996	5 507
Weizenmehl	1923 12 392	2 008
	1924 29 024	4 857
Roggenmehl	1923 78	10
	1924 28 738	4 095
Buntesoblen	1923 82 644	609
	1924 110 460	1 842

Deutschland ist, wenigstens im ersten Semester 1924, Hollands hervorragender Abnehmer geworden und hat somit England, welches bisher diesen Rang einnahm, in der genannten Zeit um 40 Millionen Gulden übertroffen.

Nach deutscher Seite geht aus nachstehender Aufstellung hervor, was Deutschland als Käufer für Holland bedeutet. Im Juli 1924 betrug

	Hollands Gesamtausfuhr in 1000 Gulden	Ausfuhr nach Deutschland
Käse	7 883	8 725
Butter	7 087	4 089
Kartoffeln	5 190	3 571
Eier	3 584	2 346
Leinöl	2 184	1 285
Schmalz	2 120	1 187
Gurken	1 596	1 413
Erbsen	1 258	968
Weizenmehl	1 224	1 171
Raffee	1 095	407

Naherzu zwei Drittel des Werts der hier aufgezählten Waren gingen also in dem einen Monat nach Deutschland.

Unter diesen Umständen ist es wohl begreiflich, wenn die Kreditbeziehungen zwischen Deutschland und Holland enge sind, andererseits ist es durchaus verständlich, wenn gerade in Deutschland die in Holland in Aussicht stehenden Zollerhöhungen scharfe Kritik finden.

## Der Karstadt-Konzern bei der Goldumstellung.

Der große deutsche Warenhauskonzern Rudolf Karstadt u. S. in Hamburg strich in seiner Goldbilanz sein Aktienkapital im Verhältnis von 25:1 zusammen. Für jede Papier-

marktfaktie von 1000 M. bekommt der Aktionär zwei Goldmarktfaktien von je 20 M. Das Verhältnis der Reduktion ist nicht so katastrophal, von älteren Unternehmen wurde schon früher zusammengefaßt gestrichen. Das Unternehmen ist vornehmlich ein Handelskonzern; bis 1920 war es ein privates Warenhausunternehmen. Zeit rapider Preissteigerung. Damals wurde das private Geschäft mit einigen Filialen. Das Jahr 1919 bis Frühjahr 1920 war eine in eine Aktiengesellschaft verwandelt. Die Konjunktur war gut, die Einnahmen aus den steigenden Preisen drängten nach Bewertung. Es gab noch zahlreiche private Unternehmen und Gesellschaften, welche die Inflation nicht begriffen hatten und dauernd mit dem Mangel an Betriebskapital kämpften.

Als Gesellschaft konnte Karstadt aus der Fülle der Kapitalinflation schöpfen. Die Leiter griffen zu, sprangen in die „Sachwerte“ und ranschten zusammen, was zu ihrem Handelsunternehmen passte. Sie kannten das wunderbar erfolgreiche Wirtschaftsprinzip der Integration. Integration ist Zusammenfassung verschiedenartiger Unternehmungen nach dem Gesichtspunkt der aufeinanderfolgenden industriellen Verarbeitung der Arbeitsprodukte bis zur handelsmäßigen Verwertung auf dem Markt, möglichst an den letzten Verbraucher. Das Geschäftsprinzip schaltet die Zwischengewinne der aufeinanderfolgenden Unternehmen aus. Die Hauptstoffe waren bei Karstadt Textilien, und so kaufte Karstadt Tuchfabriken, Webereien, Spinnereien, Färbereien; so bekam man alles in die Hand von der rohen Wolle und Baumwolle bis zum fertigen Kleid und zur fertigen Wäsche. Auch an anderen Industriezweigen erwarb man Beteiligungen. Durch Einrichtung und Auktions von Warenhäusern in verschiedenen Städten wurde der Markt über ganz Deutschland ausgebeutet. Heute besitzt der Konzern Fabriken und Warenhäuser in 41 Städten.

Das Kapital der Karstadt u. S. war schon 1920 mit 40 Millionen Mark stark aufgebläht. Im Laufe der Jahre wurde es durch neue Emissionen bis auf 650 Millionen Mark vermehrt. Stedten in den 650 Millionen auch zahlreiche Kaufpreise von Aktienmehrheiten, so darf man doch nicht vergessen, daß die Gesellschaften zur bloßen Beschaffung von Betriebskapital vielfach dividendenberechtigten Gesellschaftskapital schufen. Demnach braucht man sich über die große Umstellungsquote bei der Goldbilanz nicht zu wundern. Für ein Warenhausunternehmen ist ein Kapital von 26 Goldmarktmillionen immer noch beträchtlich. Das Unternehmen bilanziert auf beiden Seiten mit 48 122 914 Gm., worunter aber 1 725 000 holl. Gulden Bilanzabzug für eine Tochtergesellschaft stehen. An der Entwertung des Anleihekapitals hat es noch reichlich verdient, so daß heute 35 691 870 Gm. eigenes Gesellschaftskapital nur noch 1 033 032 Gm. fremdes Anleihekapital gegenübersteht. Ende 1923 stand die Hypothekenschuld noch auf 130 Millionen Mark, es hat damit günstige Rentabilitätsaussichten. Allerdings stehen 10 623 521 Gm. laufenden Verbindlichkeiten an Banken und Lieferanten zu hohen Monatszinsen zur 3,76 Millionen Goldmark Kassa und Effekten und 7,67 Millionen Goldmark schwer stehende Außenstände gegenüber. Die Bilanz ist vom April; seither mag die Liquidität des Unternehmens günstiger geworden sein und auch das damalige Warenlager im ausgewiesenen Werte von 28 496 392 Gm. dürfte schon gelichtet sein. Lagerbestände und Verbindlichkeiten sind heute Bilanzposten, welche ein Unternehmen schwer belasten können. Auf der Aktivseite stehen die „Schwerts“ mit 7 818 706 Gm. und das Kontrollkapital des Konzerns an Beteiligungen mit nur 351 333 Gm. zu Buch. Bei den steigenden Aktienkursen dürften in der letzten Ziffer noch starke stille Reserven schlummern. Im ganzen macht das Unternehmen nach den Zeichen der Goldmarkbilanz den Eindruck, daß es innerlich gestärkt aus der Inflation hervorgeht.

## Danziger Messe.

Danzig, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Danziger Internationale Messe, die zweite ihrer Art, wurde heute nach einer unfreiwilligen Pause von vier Jahren im Beisein deutscher und preussischer Reichs- und Staatsvertreter sowie der Repräsentanten Polens, Englands, Amerikas, Spaniens, Brasiliens und der Nordländer eröffnet und, man kann ruhig sagen, zu neuem Leben erweckt. Man hat durch die rege internationale Beteiligung in der Tat den Eindruck, daß in maßgebenden Kreisen der Industrie fast aller Länder die Erkenntnis vorherrscht, daß Danzig als Tor des Ostens und nicht nur des deutschen Ostens, hervorragend geeignet erscheint. Der polnische Einfluß ist unverkennbar und man sieht, wie starkes wirtschaftliches Band den Staat Danzig mit der polnischen Republik verknüpft. Einen großen Raum des Messegeländes nimmt neben der Danziger Industrie — Großmaschinen und Kleinzeug — die Kollektivausstellung der südlichen Länder, Spanien, Brasilien, Griechenland sowie des südlichen Amerikas ein.

## Vom internationalen Petroleumkampf.

Aus Genf ist dieser Tage die Nachricht gekommen, daß der türkische Delegierte sich mit dem Vertreter Englands in der Roffusfrage geeinigt habe. Beide Parteien unterwerfen sich der Entscheidung des Völkerbundes, der durch eine Kommission von drei Mitgliedern die Angelegenheit untersuchen will. Bis zur Entscheidung des Rats sollen weder von der englischen noch von der türkischen Regierung militärische Bewegungen an der Grenze vorgenommen, noch irgendwelche Veränderungen an dem gegenwärtigen Stande des Gebiets versucht werden.

Bei den so langwierigen Verhandlungen über den Frieden von Lausanne hatten die Türken Anspruch auf das ehemalige türkische Vilajet Mossul erhoben, die Engländer dagegen wollten das Gebiet dem Irakstaat, tatsächlich eine englische Kolonie, zu teilen. England ließ sich in einem Vertrag mit der Regierung des Irak die Verpflichtung auferlegen, mit aller Kraft für die Angliederung Mossuls tätig zu sein; wenn das nicht gelinge, solle der Vertrag von Lausanne hinfällig werden. Seit dieser Zeit gibt es in diesem Gebiet fortgesetzt Zustände und militärische Expeditionen, die formell zwar von den Eingeborenen stammen ausgehen, hinter denen aber in Wirklichkeit englische Interessen stehen. Allerdings hat auch amerikanisches und franzö-

**Fritzi Massary**

die große überraschend gehaltvolle 5 3 Zigarette ist, nach dem übereinstimmenden Urteil

**bisher unerreicht.**



